Dienstag, 27. November. 1917. — Nr. 603.

Der Westfälische Merkur erscheint täglich zweimal, am Tage nach Sonn- und Feiertagen einmal.
Verlag und Rotationsdruck der Westfälischen Vereinsdruckerei.
Probenummern: Bestellungen mit deutlicher Adressenangabe wolle man richten an die Geschäftsstelle, Königstraße 59.
Redaktion: Lütkegasse 1—3. Sprechstunden 10—11 Uhr vorm.
Telegramm-Adresse: Merkur, Münsterwestf.
Fernsprecher: Redaktion Nr. 203. Geschäftsstelle Nr. 112.
Geschäftsstelle: Königstr. 59. Geöffnet vorm. von 8—1 Uhr, nachm. von 2—7 Uhr. Postscheckkonto: Amt Köln 14 622.

Westfälischer Merkur.

Begründet 1822. Morgen-Ausgabe. 96. Jahrgang.

Bezugspreis:
Vierteljährlich: In Münster bei der Geschäftsstelle ℳ 3,00; auswärts bei allen deutschen Postämtern ℳ 3,50.
Zweimonatlich: In Münster bei der Geschäftsstelle ℳ 2,00; auswärts durch die Post ℳ 2,34.
Einmonatlich: In Münster ℳ 1,00; auswärts durch die Post (für 1 einzelnen Monat d. Vierteljahres zulässig) ℳ 1,17.
Einzelnummer: Zu haben in der Geschäftsstelle, an den Bahnhöfen rc. das Stück 5 Pfg.
Anzeigenpreis:
Für die Petitzeile oder deren Raum 25 ₰, Reklamezeile 75 ₰.
Anzeigen-Annahme: In Münster Königstraße 59, sowie sämtliche Annoncen-Bureaus des In- und Auslandes.

Englische und französische Schlappen.

Der Tagesbericht der deutschen Heeresleitung.

WTB. Großes Hauptquartier, 26. Nov. (Telegr.)

Westlicher Kriegsschauplatz.

Heeresgruppe Kronprinz Rupprecht

In Flandern nur zeitweilig zwischen Poelkapelle und Gheluvelt gesteigerte Artillerietätigkeit. Vorfeldgefechte verliefen für uns erfolgreich und brachten Gefangene ein. Nordöstlich von Paschendaele scheiterte der Vorstoß eines englischen Bataillons.

Auf dem Schlachtfeld südwestlich von Cambrai wiederholte der Feind hartnäckig seine Angriffe auf Inchy. Die dort in den vorhergehenden Tagen in Abwehr und Angriff bewährten Truppen wiesen auch gestern den Feind restlos ab.

Unser Vernichtungsfeuer schlug in feindliche Truppenansammlungen und die Bereitstellung zahlreicher Panzerkraftwagen südlich von Graincourt. Schwächere Infanterie stieß gegen Bourlon vor; sie wurde zurückgeworfen.

Aus den letzten Kämpfen bei Bourlon hinter unseren Linien verbliebene Engländernester wurden in blutigem Nahkampf gesäubert. 8 Offiziere, mehr als 300 Mann wurden gefangen, 20 Maschinengewehre erbeutet.

Am Südwestrande des Waldes von Bourlon und westlich von Fontaine brachten uns nächtliche, sehr heftige Handgranatenkämpfe den erwünschten Geländegewinn.

Nördlich von Banteux griff der Feind nach heftigem Trommelfeuer an; er wurde abgewiesen.

Ein englischer Vorstoß östlich von Gricourt brach vor unseren Hindernissen zusammen.

Heeresgruppe Deutscher Kronprinz.

Nach stärkster Feuersteigerung griff der Franzose auf 4 Kilometer Breite zwischen Samogneux und Beaumont an. Seine ersten Angriffswellen, durch unser Infanterie- und Artilleriefeuer zersprengt, stuteten in ihre Ausgangsstellungen zurück. Mehrfacher Ansturm neu angesetzter Kräfte brach in unserer Abwehrzone zusammen. Zahlreiche Turkos und Zuaven und andere Franzosen wurden gefangen.

Das starke Feuer griff von dem Kampffelde auch auf die benachbarten Abschnitte über und hielt namentlich zu beiden Seiten von Ornes tagsüber in großer Stärke an.

*

Infanterie-, Schlacht- und Jagdflieger griffen trotz heftigen Sturmes und Regens erfolgreich in den Kampf ein und unterstützen auf dem Gefechtsfelde bei Cambrai und an der Maas unermüdlich Führung und Truppe.

Oestlicher und Balkan-Kriegsschauplatz.

Keine größeren Kampfhandlungen.

Italienische Front.

In örtlichen Gebirgskämpfen erzielten unsere Truppen Erfolge und behaupteten sie gegen italienische Gegenangriffe.

Der Erste Generalquartiermeister:
Ludendorff.

*

Die nutzlosen Gegenangriffe der Italiener.

Kriegsberichterstatter Kirchlehner teilt der „K. B." aus dem Kriegspressequartier, 25. November mit: Die bedrohliche Lage ihrer Frontmitte im Gebirge veranlaßte die Italiener im letzten Augenblick zu einer örtlichen Gegenoffensive. Die Armeen Conrad und Krauß werden vom massierten italienischen Zentrum angegriffen. Die welschen Rekrutenbataillone sind jedoch außer stande, die stahlgestählten Truppen der Verbündeten zurückzuschlagen und verbluten zwecklos; Verfassung und Kampfwert der feindlichen Armee werden dadurch weiter geschwächt, während der Zeitgewinn auch den Verbündeten zugute kommt. Die schon erreichte Eisenbahnverbindung im Suganatal wird vorgetragen.

*

Der Entscheidungskampf um Venedig?

FZ. Genf, 25. Nov. Das „Petit Journal" berichtet aus Rom: Die Entscheidungsschlacht um Venedig wird nicht nur zu Lande, sondern auch zur See ausgefochten werden. Ohne den operativen Vorbereitungen vorzugreifen, kann gesagt werden, daß England und Frankreich auch ihre Seestreitkräfte bereitwillig in den Dienst des geprüften Italien gestellt hätten. (?)

*

Kaiser Karl an der Tiroler Front.

WTB. Bozen, 23. Nov. Kaiser Karl traf gestern früh in Südtirol ein. Er nahm die Meldungen mehrerer höherer Kommandanten entgegen und fuhr dann an die Front, von der er nachmittags in seinen Standort zurückkehrte. Zum Nachtmahl im Hofzug waren Feldmarschall Freiher von Hoetzendorf mit seinem Generalstabschef, Generalmajor Müller, geladen. Nachher empfing der Kaiser den Feldmarschall Freiherrn von Conrad neuerlich zum Vortrage. Heute fuhr der Kaiser in das Sugana-Tal, wo viele blühende Ortschaften zu Ruinenstätten geworden sind. Auf der Fahrt besichtigte der Kaiser passierende Truppen, denen er Dank und Anerkennung für ihre hervorragenden Leistungen während der Offensive gegen Italien aussprach. Dann fuhr der Kaiser auf die Cima di Campo, deren beherrschenden Gipfel das italienische Werk Leone krönt, das kürzlich von unseren Truppen gestürmt wurde, eine der modernsten und gewaltigsten Hochgebirgsbefestigungen. Es ist vollkommen unversehrt. Der Kaiser verweilte lange auf der Cima di Campo, worauf er ins Sugana-Tal und dann in seinen Standort zurückkehrte.

*

Irische Wahrheit über England.

WTB. Bern, 25. Nov. (Telegr.) Unter Bezugnahme auf die Bemerkung in der Oberhausaussprache, daß eine halbe Million Iren in die Armee eingestellt werden könnte, erklärte Devalera in einer Versammlung in Mehill am 18. November: Die Alliierten, die für die kleinen Nationalitäten zu kämpfen vorgeben, könnten eine halbe Million irischer Soldaten unter der Bedingung haben, daß sie zunächst genau angeben, welche kleinen Nationen sie befreien wollten, und durch Befreiung Irlands zuvorderst bewiesen, daß es ihnen ernst mit ihren Absichten sei. Wenn man nun Irland frage, warum es nicht für Belgien und Serbien kämpfe, so laute die Antwort: Weil England keine Gewähr gäbe, daß der Krieg wirklich um die Freiheit der kleinen Nationen gehe. Die Sinn-Feiner vermöchten die Darstellung der beiden Minister über die Veranlassung des Krieges nicht anzunehmen. Man versuche lediglich, die Iren dazu zu bekommen, den Kampf für Englands kommerzielle Vorherrschaft zu kämpfen, denn um diese, nicht um die Freiheit der kleinen Nationalitäten, gehe der Krieg. Aber, schloß der Redner, wir haben unsere Bedingungen gestellt, und wenn die Alliierten sie erfüllen, wird kein Grund zur Weiterführung des Krieges vorliegen, da, wie ich glaube, Deutschland sie annehmen würde.

*

Englische Fuchspredigt.

WTB. Amsterdam, 25. Nov. Wie Reuter meldet, schreibt „Westminster Gazette": Die deutsche Presse spricht abermals in erhöhter Form Drohungen gegen Holland aus. Die Holländer können daraus ersehen, wie verschieden die Feinde und Alliierten gegen die Neutralen auftreten. Die Verbindung zwischen Holland und seinen Kolonien ist während dreier Jahre von der Entente abhängig gewesen. Gegen einen deutschen Einmarsch würde Holland sich mit seiner Armee und durch Ueberschwemmungen verteidigen können. Aber wenn England oder Japan Holländisch-Indien hätten erobern wollen, würde Holland sie verloren haben. (Das ist wirklich köstlich, und die einsichtigen Holländer werden die englische Fuchspredigt auch entsprechend zu werten wissen. Jetzt fehlt nur noch, daß sich England den Holländern als „Beschützer" anträgt!)

Die holländische Sand- und Kiesfrage.

WTB. Haag, 25. Nov. (Telegr.) Der Minister für auswärtige Angelegenheiten antwortete auf eine Anfrage des Abg. van Hamel: Die versprochene Vorlegung der die Sand- und Kiesfrage betreffenden Dokumente an die Zweite Kammer hat eine Verzögerung erfahren einerseits dadurch, daß im Falle von zwei Dokumenten die nachgesuchte Zustimmung zur Veröffentlichung ausgeblieben ist, andererseits aber einige inzwischen eingelaufene Bescheide beantwortet werden mußten und der Text der Antwort nicht gut bekanntgemacht werden kann, ehe man die Sicherheit besitzt, daß sie ihre Bestimmung erreicht haben. Der Minister hofft, die Dokumente im Laufe der nächsten Woche der Kammer vorlegen zu können.

Die Entente-Spionage in Schweden.

WTB. Kopenhagen, 25. Nov. Hiesige Blätter geben eine aufsehenerregende Meldung des Stockholmer „Aftonbladet" über die Entdeckung einer weitverzweigten Ententespionage in Schweden wieder, die die Vernichtung der deutsch-schwedischen Handelsschiffahrt und militärische und wirtschaftliche Spionage in Schweden bezweckt.

Japan und die Pariser Konferenz.

§ Bern, 24. Nov. (Privattelegr.) „Homme libre" schreibt, daß man in japanischen Kreisen sehr an einem nahe bevorstehenden militärischen Eingreifen Japans auf den europäischen Fronten zweifle und daß die Frage auf der Pariser Konferenz, deren Datum aber immer noch nicht feststeht, sehr wahrscheinlich erörtert werden würde. Die Entsendung einer kleinen japanischen Armee sei nicht ausgeschlossen; in dieser Hinsicht sei wahrscheinlich etwas im Gange. Die Japaner seien zwar von der Notwendigkeit und Wirksamkeit ihres Eingreifens noch nicht überzeugt und befürchteten, daß Mißverständnisse auftauchen könnten. Andererseits beanspruche auch die Lage in Rußland und China die ganze Aufmerksamkeit Japans. Alle diese Erwägungen hinderten jedoch die japanische Regierung nicht, der Pariser Konferenz der Alliierten die größte Bedeutung beizulegen.

Der U-Bootsbericht.

WTB. Berlin, 25. Nov. Amtlich.

Durch die Tätigkeit unserer U-Boote wurden im Sperrgebiet um England wiederum

12 000 Brutto-Register-Tonnen

vernichtet. Unter den versenkten Schiffen befand sich ein bewaffneter Dampfer von 6000 Tonnen.

Der Chef des Admiralstabes der Marine.

Die Gegensätze in Frankreich.

WTB. Bern, 23. Nov. Pariser Blätter bringen noch folgenden Bericht über die Kammersitzung von Dienstag:

Die Interpellation Lucien Lagrosillière bezog sich besonders auf die innere Politik Clemenceaus. Man müsse wissen, ob der Polemiker Clemenceau dem Staatsmann Clemenceau Platz gemacht habe. Seine bisherige Politik in „Homme Enchaîné" sei leider scharf gegen die sozialistischen Arbeiter gewesen; man müsse sich fragen, ob er ihnen endlich vertraue, was er für die Kriegsführung tun werde und ob er neben den militärischen auch diplomatische Mittel bis zur Bildung der Gesellschaft der Nationen verwerten werde, deren Mißachtung Barenne Clemenceau bitter vorwarf. — Compère Morel befürchtet, daß Clemenceau die Kriegsführung allzu ausschließlich von der militärischen Seite betrachte und die innere Lage übersehe. Um die Stimmung im Lande zu erhalten, dürfe man nicht zusehen, daß Frauen und Kinder vor geschlossenen Bäckereien lange Züge bildeten. Ferner betonte Compère Morel die Notwendigkeit, die Produktion besonders auf landwirtschaftlichem Gebiet zu heben. — Der Deputierte Jean Hennessy bedauert, daß die Engländer sich dem Gedanken eines einzigen Generalissimus widersetzen, und befürwortet die Bildung eines interalliierten Generalstabes entsprechend dem Vorschlage Wilsons. — Besonders scharf war die Interpellation Forgeot, der verlangte, daß die Regierung ihre Kriegsziele klar äußere und zur Frage der Neuwahl für das Parlament für das Jahr 1918 Stellung nehme. Auf innerpolitischem Gebiete müsse man endlich wissen, woran man mit den Skandalen sei. Gegen Caillaux seien schwere Anschuldigungen erhoben worden, es sei aber nichts gegen ihn bewiesen. Der Haß gegen Caillaux steige immer höher. Jetzt müsse Clemenceau, der alle Aktenstücke zur Kenntnis nehmen könne, gegen diesen Haß Stellung nehmen und die Wahrheit sagen. Zum Schluß seiner Rede, die von den Sozialisten ständig durch großen Beifall begrüßt und von der Rechten durch unfreundliche Zwischenrufe unterbrochen wurde, kam Forgeot nochmals auf die Kriegsziele zurück. Wir kämpfen, erklärte er, weil Deutschland uns den Krieg erklärt hat. (!) Wir fordern einfach die Rückkehr Elsaß-Lothringens, eine Entschädigung und Bildung einer Gesellschaft der Nationen. Die Friedensfrage wird geklärt werden, wenn die Regierung ihre Kriegsziele bestimmt auseinandergesetzt und erklärt haben wird, daß sie diese vollkommen aufrecht erhalten werde, ohne mehr zu verlangen, welchen Umfang auch der Sieg der Entente annehmen möge. (!) Nicht nur die Regierung, auch das Volk muß jetzt die Stimme erheben. Alle Parteien, nicht nur die Sozialisten, sollten zu einer internationalen Besprechung in Stockholm zusammenkommen. —

In seiner Erwiderung führte Clemenceau aus: Die Frage der Gesellschaft der Nationen werde von einem Ausschuß, dem Leon Bourgeois, Ménoud und Ernest Lavisse angehören, vorbereitet werden. Nach Fertigstellung der Arbeiten des Ausschusses werde er, Clemenceau, den Bericht im Parlament erstatten. Hinsichtlich der inneren Politik erklärte Clemenceau: Als Journalist habe er Namen nennen können, was er als Ministerpräsident nicht mehr tun dürfe. Ueber die Anwürfe gegen Caillaux schwieg sich Clemenceau beharrlich aus.

Ein Dazwischentreten von Albert Thomas vor der Abstimmung war besonders durch einen scharfen Angriff gegen Clemenceau wegen der Gesellschaft der Nationen gekennzeichnet. Thomas sagte, wenn Sie, Clemenceau, erklären, daß die Gesellschaft nur die Unterschrift ihrer Mitglieder als Garantie habe, so vergessen Sie, was Wilson und Asquith gesagt haben. Die Gesellschaft muß auf gegenseitig bindende Verpflichtungen gegründet sein. Ferner erklärte Thomas, es sei Pflicht der Regierung, durch völlige Klärung der Skandalaffairen die Einigkeit und das Vertrauen (!) im Lande wiederherzustellen. Die Antwort Clemenceaus auf die Interpellationen sei durchaus ungenügend. Thomas hob hervor: Seine Partei werde an der Landesverteidigung mitwirken, unbekümmert um die Regierung, die an der Spitze Frankreichs stehe. Deshalb seien aber die Kritiken gegen Clemenceau nicht minder berechtigt. — Vor der Sitzung hatte die sozialistische Parlamentsgruppe beschlossen, gegen die Regierung zu stimmen, es sei denn, daß Clemenceau in seiner Antwort auf die Interpellationen sich in einem für die sozialistische Partei durchweg günstigen Sinne äußern würde.

*

Massenverhaftungen in Paris.

WB. Genf, 25. Nov. Pariser Meldungen zufolge sind in Paris seit Montag über 100 Verhaftungen auf Befehl des Ministeriums Clemenceaus erfolgt. Unter den Verhafteten befinden sich Mitglieder der kommunalen Körperschaften der Stadt Paris und des Seinedepartements. Die Verhaftungen stehen mutmaßlich in unmittelbarem Zusammenhang mit der pazifistischen Bewegung in Frankreich.

Die Ereignisse in Rußland.

WTB. Kopenhagen, 24. Nov. Der ausländische Pressevertreter der Bolschewicki an der schwedischen Grenze erhielt ein amtliches Telegramm aus Petersburg vom 23. November, wonach jetzt auf der Seite der Bolschewicki stehen: die gesamte Armee und Flotte sowie der ganze nördliche, westliche und südwestliche Teil des Reiches mit den Städten Petersburg, Moskau, Charkow, Kiew und Odessa, sowie das ganze Uralgebiet und Sibirien. Von den Fronten kommen Hunderte von Abgeordneten, die die Mitteilung vollständiger Solidarität mit der neuen Regierung überbringen. Die Lebensmittelfrage ist ernst, jedoch ist es bisher mit großen Anstrengungen gelungen, die Schwierigkeiten zu überwinden, es ist nur noch schwierig, Brot zu beschaffen. Die unteren Eisenbahnbeamten stehen auf der Seite der Bolschewicki, die Sabotage der höheren Beamten ist daher von geringerer Wirkung. Der Oberstkommandierende General Duchonin ist verhaftet worden. Die Wahlen zur Verfassunggebenden Nationalversammlung haben bei der Flotte stattgefunden und beim Heere begonnen. In den Städten finden die Wahlen am 12. November alten Stils statt. Die bürgerlichen Parteien wollen sich nicht unterwerfen, sondern verüben überall Sabotage, wo dies möglich ist, und setzen ihre Hoffnung auf Kaledin, Das Ausbleiben telegraphischer Nachrichten aus Petersburg im Auslande ist auf Sabotage der Telegraphenbeamten zurückzuführen, diese hofft man jedoch noch zu überwinden.

*

Zum Waffenstillstands-Angebot.

TU. Amsterdam, 26. Nov. (Telegr.) Trotzki, der Kommissar der auswärtigen Angelegenheiten, hat, wie Reuter aus Petersburg meldet, alle Gesandten der neutralen Mächte in Petersburg von den wegen des Waffenstillstandes getroffenen Maßnahmen in Kenntnis gesetzt. Seine Note erklärt, daß die Forderung nach sofortigem Frieden sowohl an die kriegführenden als auch neutralen Mächte gerichtet sei.

*

Die Stimmung des Frontheeres.

WTB. Kopenhagen, 25. Nov. Telegramme aus Schweden besagen: Ein Franzose, der gestern aus Rußland in Haparanda eintraf, teilte mit, daß die Soldaten an der Front in zwei Gruppen geteilt seien, die Novembristen und die Dezembristen. Die ersteren haben beschlossen, die Front noch in diesem Monat zu verlassen. Die zweite Gruppe will bis Weihnachten von der Front in die Heimat zurückkehren.

*

Lenins Truppen gegen Kaledin.

☐ Berlin, 25. Nov. Nach einem Petersburger Bericht des „Temps" ist ein Maximalisten-Korps in Bildung begriffen, das gegen Kaledin marschieren soll. Der Kommandant der Petersburger Truppe, Ulawiew, übernimmt den Oberbefehl. Kaledin hat sein Hauptquartier in Zarkow.

*

Der neue „Oberbefehlshaber".

TU. Amsterdam, 26. Nov. (Telegr.) Die Blätter melden über den Nachfolger des Generals Duchonin, den Fähnrich Krylenko, der zum Oberbefehlshaber ernannt worden ist, daß dieser bereits im Jahre 1906 durch sein Auftreten in den Wahlkämpfen für die zweite Duma bekannt geworden sei. Damals schon habe es großes Aufsehen erregt, daß er es gewagt habe, in öffentlichen Versammlungen die Grundsätze der Bolschewicki zu verkünden. Krylenko stammt aus der Ukraine und ist ungefähr 37 Jahre alt.

*

Kerenski resigniert?

TU. Amsterdam, 26. Nov. (Telegr.) Reuter meldet aus Petersburg: „Djen" teilt mit, daß Kerenski am 14. November seine Aemter als Ministerpräsident und Oberbefehlshaber niedergelegt und sie zur Verfügung der vorläufigen Regierung gestellt habe.

*

Frau Kerenski verhaftet. — Brussilow schwer verletzt.

TU. Kopenhagen, 25. Nov. Nach einer russischen Blättermeldung ist laut „L.-A." am Donnerstag Frau Kerenski verhaftet worden, und zwar in einem Augenblick, als sie ein großes Straßenplakat herunterriß, das den Aufruf der Bolschewicki enthielt.

Brussilow soll bei Straßenkämpfen in Moskau durch eine Granate schwer verletzt worden sein.

*

Aus den Geheimakten.

TU. Amsterdam, 26. Nov. (Telegr.) Reuter meldet aus Petersburg: Die Petersburger Nachrichten-Agentur veröffentlicht eine Anzahl geheimer Schriftstücke, die zwischen Rußland und den Verbandsmächten gewechselt worden sind. Aus ihnen ergibt sich, daß Rußland folgendes forderte: Konstantinopel, die Küste zu beiden Seiten des Bosporus, das Marmara-Meer, die Dardanellen, das südliche Thrazien bis zur Linie Enos—Midia sowie die Insel Imbros und Tenedos. Die Alliierten forderten, daß Konstantinopel für unabhängig und neutral erklärt werde. Der britischen Zone in Persien sollte noch eine weitere Zone hinzugefügt werden. Rußland sollte Frankreichs Forderung auf Rückgabe Elsaß-Lothringens und der Waldstrecke auf dem linken Rheinufer unterstützen. Rußland verlangte gewisse deutsche Gebiete, um diese zu neutralen Staaten zu machen.

*

Die Stimmung in Washington.

WB. Rotterdam, 25. Nov. Associated Preß meldet aus Washington: In amtlichen Kreisen vertritt man die Ansicht, daß die Friedensbewegung der Bolschewisten Rußland in die Reihe der Nationen versetzt habe, mit denen keine freundschaftlichen Beziehungen unterhalten werden können. Wenn diese Bewegung erfolgreich wäre, würde es höchst schwierig sein, Rußland als neutral zu behandeln wegen der Vorteile, die Deutschland daraus ziehen würde.

Die Lage der Schweiz.

WTB. Bern, 25. Nov. Meldung der Schweizerischen Depeschenagentur: Auf dem Parteitag der schweizerischen freisinnigen, demokratischen Partei hielt Bundesrat Calonder eine großangelegte Rede, in der u. a. sagte: Parteigrundsätze treten naturgemäß in den Hintergrund, wo es sich um Lebensfragen, um Sein und Nichtsein des Staates handelt. Der ungeheure Krieg drückt unsere internationalen Beziehungen in den Vordergrund. Wir können heute mit Genugtuung feststellen, daß sämtliche Kriegführende in loyaler Weise unsere Neutralität beachtet haben. Wir dürfen ohne weiteres hoffen, daß auch in Zukunft keiner der Kriegführenden unsere Neutralität mißachten wird. Jeder Staat, der in Mißachtung unserer Neutralität die Integrität unseres Gebietes verletzt, ist unser Feind, und wir werden gegen ihn mit unserer gesamten Militärmacht Krieg führen. Redner wandte sich dann in scharfen Worten gegen die antimilitaristische Propaganda. Welche verderbliche Folgen die vaterlandsfeindliche antimilitaristische Hetze zeitigen kann, beweisen die tieftraurigen Ereignisse in Zürich. Glücklicherweise hätten alle diese antimilitaristischen Treibereien bisher den guten Geist in der Armee nicht beeinträchtigt. Der Referent ging dann auf die wirtschaftliche Krise ein. Nur durch tiefeingreifende wirtschaftliche Maßnahmen sei es möglich gewesen, das wirtschaftliche Leben aufrecht zu erhalten. Die kleine neutrale Schweiz laufe Gefahr, von den kämpfenden Riesen wirtschaftlich erdrückt zu werden. Unsere Lage sei inbezug auf die Landesversorgung mit unentbehrlichen ausländischen Erzeugnissen nicht nur ernst, sie ist sorgenvoll. Immerhin scheint es nicht denkbar, daß eine der Großmächte, die die Welt beherrschen, möge sie der einen oder der anderen kriegführenden Gruppe angehören, fähig wäre, durch Abschneiden der Zufuhr unsere industrielle Tätigkeit lahm zu legen und uns so zum wirtschaftlichen Ruin zu verurteilen oder uns der Hungersnot preiszugeben. Redner berührte dann die allgemeine enorme Teuerung. Die finanzielle Belastung des Bundes nehme daher, ganz abgesehen von den bisherigen Mobilisierungskosten, beständig zu. In umsogrößerem Maße bestehe die Notwendigkeit, dem Bunde neue finanzielle Quellen zu eröffnen. Unsere Pflicht wird es sein, nach dem Kriege die sozialen Reformen in weitherzigem Maße auszubauen. In Anlehnung an die neuesten Verordnungen des Bundesrates über die Fremdenpolizei sagte der Redner: Wir müssen einig und entschlossen sein, um allem fremden Gesindel entgegentreten zu können, welches das schweizer Gast- und Asylrecht mißbraucht, um Wucher, Spionage und antimilitaristische Propaganda zu treiben. Allerdings sollen diejenigen Ausländer, die sich anständig benehmen, nach wie vor das Gastrecht der Schweiz genießen. Zum Schluß berührte Calonder noch die internationale Mission der Schweiz im heutigen Weltkriege, indem er darauf hinwies, daß die Vorsehung der Schweiz die besondere internationale Aufgabe zugewiesen habe, Frieden und Freundschaft unter den Völkern zu fördern und der Menschheit zu beweisen, daß verschiedenartige Sprachstämme und Rassen auf der Grundlage des gegenseitigen Wohlwollens und gegenseitigen Vertrauens zu einer glücklichen nationalen Gemeinschaft verbunden werden können. Wir wollen und können uns niemand als Friedensvermittler aufdrängen, aber vor aller Welt wollen wir es aussprechen, daß das Schweizer Volk aus eigener großer Not und aus tiefer Liebe zur Menschheit sich von ganzer Seele nach dem Frieden sehnt, nach einem aufrichtigen und dauernden, auf Freiheit und Gerechtigkeit beruhenden Frieden. Der Idee einer neuen internationalen Rechtsordnung, durch welche die Beziehungen zwischen den Völkern der Gewalt der Waffen entzogen und der Herrschaft des Rechts unterstellt werden sollen, bringen wir als kleiner friedliebender Staat die wärmste Sympathie entgegen. Vorläufig wütet die Kriegsfurie weiter. Angesichts des ungeheuren Elends kann die Schweiz nichts besseres tun, um ihre internationale Solidarität zu bekunden, als ihre Samariterdienste und ihre gesamte Tätigkeit zugunsten der vom Kriege so schrecklich heimgesuchten Völker fortzusetzen.

*

* Berlin, 25. Nov. Der in der Schweiz erscheinende „Allgemeine Pressedienst" veröffentlicht einen aufsehenerregenden Artikel eines schweizerischen Nationalrates, der für sofortigen Friedensschluß eintritt. Der Verfasser ist der Meinung, das gesamte Schweizer Volk solle ohne Verzug in mächtiger Friedenskundgebung vor Europa treten. Vorgesehen wird eine beschleunigte Zusammenkunft der schweizerischen Pressevereine, in der man sich über die Art einer sofortigen großen Friedenspropaganda einigen müßte. Sodann glaubt der Verfasser, man müsse zu großen politischen Versammlungen in Stadt und Land Zuflucht nehmen. Ferner habe das Volk seine Vertreter in Bern zu beauftragen, im Laufe der kommenden Session in der Bundesversammlung selbst eine feierliche Friedenskundgebung zu veranstalten und den Bundesrat aufzufordern, mit einem Friedensmanifest unverzüglich vor die kriegführenden Mächte zu treten. Die Schweizer Regierung hat es erst kürzlich erneut abgelehnt, etwaige Friedensverhandlungen zu vermitteln, da der Zeitpunkt hierfür nicht günstig sei.

Sonstige Meldungen.

Infolge Sturmes sind vielfach Störungen im Telegraphen- und Fernsprechverkehr entstanden, die eine starke Beeinträchtigung der Nachrichten-Uebermittlung verursachten.

TU. München, 25. Nov. Das Ergebnis des Opfertages in Bayern für 1917 beträgt 2 197 000 Mark.

WTB. Bern, 24. Nov. Der neue Geschäftsträger Luxemburgs bei der Eidgenossenschaft Lefort wurde heute vom Chef des politischen Departements, Bundesrat Ador, zur Ueberreichung seines Beglaubigungsschreibens in Audienz empfangen.

§ London, 25. Nov. (Privattelegr.) „Central News" meldet: Die „Liverpooler Post" erfährt, daß die chilenische Regierung große Nitra-Vorräte, die Deutschen gehörten, übernommen und an die Vereinigten Staaten verkauft hat. Die Bezahlung geschah in Newyork in Gold, und den deutschen Besitzern wurden Anweisungen auf chilenische Depots in Berlin übermittelt.

14 Arbeiterinnen bei einem Fabrikbrande verletzt.

TU. Mainz, 25. Nov. In der Metallwarenfabrik Busch brach gestern abend ein Brand aus, der in kurzer Zeit wieder gelöscht wurde. Der Sachschaden ist gering. 14 Arbeiterinnen wurden verletzt.

Die Aenderungen in Preußen.

Am Sonntag sind die drei angekündigten Gesetzentwürfe dem Abgeordnetenhause zugegangen:

1. eine Vorlage über die Wahlen zum Hause der Abgeordneten, die im wesentlichen das Reichstagswahlrecht für Preußen einführt,
2. eine Vorlage über die Zusammensetzung des Herrenhauses, die aus dieser Körperschaft eine Ständekammer macht, und
3. eine Vorlage über die Feststellung des Staatshaushalts, die der künftigen ersten Kammer etwas mehr Einfluß auf streitige Ausgabeposten sichern will.

Etwas Ueberraschendes bringt keiner der Entwürfe.

Nachdem die Osterbotschaft das allgemeine, geheime und unmittelbare Wahlrecht angekündigt hatte, war bekanntlich durch die Julibotschaft auch das gleiche Wahlrecht verheißen worden. Die Frage, ob eine Lösung des Stimmwertes nach den persönlichen Verhältnissen des Wählers stattfinden kann, darf selbstverständlich bei den bevorstehenden Beratungen doch zur Erörterung gestellt werden; aber eine praktische Bedeutung können Anträge in dieser Richtung nicht mehr haben, nachdem die Krone das Zugeständnis des gleichen Wahlrechtes gemacht und die berufsten breiten Schichten des Volkes daraufhin ihr ganzes Sinnen und Trachten eingerichtet haben.

Die Begründung des Entwurfs findet sehr beredte Worte zur Rechtfertigung des gleichen Wahlrechts. Gerade der gute preußische Grundsatz, daß die Leistung für den Staat den Rechten im Staat das Maß setzen soll, wird für die Gleichheit des Wahlrechtes geltend gemacht, da gegenüber den Blutopfern, den Arbeitsopfern und den Entbehrungsopfern im Kriege, die alle Bürger in gleicher Pflichttreue gebracht haben, die Steuerzahlungen an objektivem und subjektivem Werte weit zurücktreten müssen.

Die erste Vorlage enthält also keine Einschränkung der Gleichheit aller Wahlstimmen. Doch stellt sie gewisse erhöhte Anforderungen an die Seßhaftigkeit der Wähler, und vermutlich wird das zu lebhaften Erörterungen führen, da man sich fragen wird, ob nicht gerade die Arbeiterklasse, die verhältnismäßig häufig die Wohnung wechseln muß, von den Anforderungen der längeren Seßhaftigkeit zu sehr betroffen wird.

Das preußische Wahlrecht soll abhängig sein von wenigstens dreijähriger Staatsangehörigkeit (nicht bloß Aufenthalt) und von wenigstens einjährigem Wohnsitz in der preußischen Gemeinde. Letztere Bestimmung wird für Großstädte dahurch verschärft, daß an Stelle der Gemeinde die einzelnen Wahlbezirke der Stadt treten sollen, so daß man unter Umständen sein Wahlrecht verlieren kann, wenn man innerhalb des letzten Jahres in das Nachbarhaus umgezogen ist.

Eine gewisse Frist zum Einleben in die Staatsverhältnisse ist gewiß angezeigt, doch kann vielleicht ein mehrjähriger Aufenthalt in Preußen schon genügen, wenn auch die Staatsangehörigkeit erst seit kürzerer Frist verbrieft worden ist. Die Ortsangehörigkeit kann wohl ein halbes Jahr herabgesetzt werden, und dabei könnte man den Umzug von einem großstädtischen Wahlbezirk in den anderen vielleicht fallen lassen, so daß nur der Wohnsitz in der politischen Gemeinde in Betracht kommt. Die Gefahr, daß Massen von Wählern im letzten Augenblick aus dem „sicheren" Wahlbezirk in einen „strittigen" abkommandiert würden, ist doch nicht beängstigend groß.

Die Wahlkreise bleiben vorläufig bestehen mit der Maßgabe, daß 12 stark bevölkerte Wahlkreise bereits jetzt einen Abgeordneten mehr zugebilligt erhalten und daß in Zukunft überall dort, wo die Bevölkerung über 250 000 Seelen steigt, ein neuer Abgeordneter hinzutommt. Das Abgeordnetenhaus wird nach der nächsten Wahl 455 Mitglieder umfassen.

Die Umwandlung des Herrenhauses in eine Ständekammer soll in der Weise erfolgen, daß der König auf Präsentation der betreffenden Verbände 360 Mitglieder teils auf Lebenszeit, teils auf 12 Jahre beruft als Vertreter der bevorrechteten Geschlechter, des alten Grundbesitzes, der großen Unternehmer, der Selbstverwaltung, der großen Berufsstände (Landwirtschaft 36, Handel und Industrie 36, Handwerk 12), der Wissenschaft (16), der Kirche (evangelisch 10, katholisch 6). Außerdem sollen 150 Mitglieder durch königliches Vertrauen berufen werden können. Das letztere Recht soll „alle kleinen Ungleichmäßigkeiten" und „Unbilligkeiten ausgleichen". Dazu würde offenbar auch die Berufung von Vertretern der Arbeiterschaft und der Festbesoldeten gehören. Wenn nun im Reiche das neue Arbeitskammergesetz fertiggestellt wird, so ist es vielleicht möglich, dieser Kammer ebenso ein Präsentationsrecht zu geben, wie den anderen berufsständischen Korporationen, so daß die Arbeitervertreter in die erstenannte Klasse der Mitglieder aufrücken könnten.

Die budgetrechtliche Vorlage hat keine erhebliche grundsätzliche Bedeutung. Der wichtigste Abschnitt ist derjenige, der bei Unstimmigkeiten zwischen beiden eine gemeinsame Zwischenverhandlung obligatorisch macht.

Die drei Vorlagen sind nicht durch ein Mantelgesetz vereinigt, sondern jede kann für sich erledigt werden.

Das Gesamturteil kann man dahin zusammenfassen, daß die Regierung ihr Versprechen getreulich eingelöst hat. Möge bei der Beratung weniger der Parteigeist walten, als vielmehr der Geist vom 4. August 1914.

*

Der königliche Erlaß,

durch welchen die drei Gesetzentwürfe dem preußischen Landtag zugestellt werden, hat folgenden Wortlaut:

Wir Wilhelm, von Gottes Gnaden König von Preußen usw., ermächtigen hierdurch den Präsidenten Unsers Staatsministeriums und Unsere Minister der Justiz, des Innern und der Finanzen, die beiliegenden Entwürfe

1. eines Gesetzes, betreffend die Wahlen zum Hause der Abgeordneten,
2. eines Gesetzes, betreffend die Zusammensetzung des Herrenhauses,
3. eines Gesetzes, betreffend die Abänderung der Artikel 62 und 99 der Verfassungsurkunde vom 31. Januar 1850

mit Begründungen den beiden Häusern des Landtags der Monarchie zur verfassungsmäßigen Beschlußfassung vorzulegen.

Gegeben Großes Hauptquartier, den 20. November 1917.

Wilhelm.

Graf v. Hertling. Spahn. Drews. Hergt.

*

Den an erster Stelle genannten Entwurf über

die Wahlen zum Abgeordnetenhause

haben wir im Wortlaut bereits telegraphisch mitgeteilt.

*

In der

Begründung der Wahlrechtsvorlage

wird u. a. ausgeführt:

Der Krieg, der auf allen Gebieten des öffentlichen und privaten Lebens unsers Volkes seine tiefgreifenden Wirkungen äußert, führt auch dazu, die Grundlagen der staatlichen Verfassung Preußens eingreifend zu verändern. Der Krieg fordert von dem preußischen Volke die höchsten Opfer für die Allgemeinheit und ist zum Prüfstein für die Tiefe seiner Vaterlandsliebe und seines Staatsbewußtseins geworden. Er hat es opferwillig und staatstreu gefunden, das Maß der staatsbürgerlichen Beteiligung des Volkes an den staatlichen Geschäften muß daher vom Standpunkt gesteigerten Vertrauens nachgeprüft und neu gestaltet werden. Nicht um eine Belohnung des Volkes für die dargebrachten Opfer und die staatstreue Haltung kann es sich dabei handeln: es handelt sich vielmehr um einen Akt des Vertrauens in das Volk, das in den schweren Schicksalen des Krieges seine Reife erwiesen hat. Das ist die alleinige ethische Begründung für den Schritt, der mit der Einräumung des gleichen Wahlrechts zum Hause der Abgeordneten erfolgt.

Diesen Schritt hat die Botschaft des Kaisers und Königs zum Osterfest und die ergänzende Botschaft vom 11. Juli dieses Jahres getan. Spricht die erstere aus, daß „nach den gewaltigen Leistungen des ganzen Volkes in diesem furchtbaren Kriege für das Klassenwahlrecht in Preußen kein Raum mehr" sei, und daß der vorzulegende Gesetzentwurf „unmittelbare und geheime Wahl der Abgeordneten vorzusehen" habe, so bestimmt der zweite Erlaß, daß der Gesetzentwurf für die Wahl zum Hause der Abgeordneten „auf der Grundlage des gleichen Wahlrechts aufzustellen" sei.

Mit diesen grundlegenden Erlassen sichert die preußische Krone die große innerpolitische Folgerung dieses Weltkrieges. Wie auch sonst bei großen Reformbestrebungen, die die einzelnen Perioden der preußischen Staatsgeschichte kennzeichnen, so hat auch in dieser bedeutsamen Frage die Krone die Führung übernommen.

Die Zeit nach dem Kriege wird den preußischen Staat vor Aufgaben stellen, deren Schwierigkeit alles bisher gekannte Maß übertrifft, vor Aufgaben, die an die Opferwilligkeit, an die Organisationskraft, an das soziale Empfinden, an die Arbeitsfreudigkeit des Volkes gewaltigste und völlig neue Anforderungen stellen werden. Ist das Volk durch den Weltkrieg, der seine Kräfte aufs höchste angespannt und unterschiedslos von jedem einzelnen Staatsbürger die gleichen Leistungen, die gleichen schweren Opfer für Bestand und Zukunft des Vaterlandes gefordert hat, über das bestehende Klassenwahlrecht hinausgewachsen, so wird diesem reifgewordenen Volke die Mitwirkung an der Fülle jener Staatsaufgaben auf dem Boden staatsbürgerlicher Rechtsgleichheit ohne Verbenken anvertraut werden können. Das unumschränkte Vertrauen in das Volk, auf dem die Einräumung des gleichen Wahlrechts beruht, wird der Lösung jener neuartigen Aufgaben zugute kommen. Sie wird getragen sein von dem allgemeinen Vertrauen und Verständnis des Volkssamen, dessen sie unbedingt bedarf. So führt der Krieg das Interesse der Bevölkerung an einer durchgehend gleichen Verteilung der politischen Rechte und das Interesse des Staates an der wahrhaft volkstümlichen Bewältigung größter und schwerster künftiger Friedensaufgaben auf dem Boden des vorliegenden Wahlgesetzes zusammen.

Der hohe Wert der Leistungen des auf dem Dreiklassenwahlrecht beruhenden Abgeordnetenhauses auf den Gebieten der Gesetzgebung und der Verwaltungskontrolle soll in keiner Weise verkannt werden. Die Staatsregierung erachtet es gerade in dem Augenblick, in dem sie diese Vorlage einbringt, für ihre Pflicht, festzustellen, daß das Abgeordnetenhaus in den langen Jahrzehnten seines Bestehens den Staatsnotwendigkeiten voll gerecht geworden ist, daß seine Arbeit an dem hohen Entwicklungszustande des preußischen Staates ihren reichbemessenen Anteil beanspruchen darf. Aber es wäre unrichtig, aus diesem Werturteil die Notwendigkeit zu folgern, daß an der Grundlage, auf der bisher das Abgeordnetenhaus ruhte, nicht gerüttelt werden darf. Es ist wahr: was Preußen mit Hilfe seines Landtags in mehr als einem halben Jahrhundert in Gesetzgebung und Verwaltung geleistet hat, hat sich an der Widerstandsfähigkeit des Vaterlandes gegenüber dem Ansturm einer Welt von Feinden bewährt. Aber der Krieg hat die Tüchtigkeit und Opferfähigkeit des Volkes in einem Maße in die Erscheinung gebracht und gehoben, daß seine Beteiligung an den Staatsgeschäften nicht an den Leistungen der bisherigen Volksvertretung, sondern an seiner Fähigkeit zu erweiterter Mitarbeit gemessen werden muß. Und gerade dieser Maßstab führt zu der Einsicht, daß das ungleiche, geheime Wahlrecht und damit zu einer grundlegenden Veränderung der Volksvertretung.

Die Reformbedürftigkeit des preußischen Wahlrechts steht fest, seitdem die Regierung und die Mehrzahl der Parteien erkannt und anerkannt haben, daß das bestehende Wahlverfahren der Entwicklung des politischen Lebens und des öffentlichen Geistes nicht mehr entspricht, und daß die Steuerleistung kein sprechender Maßstab mehr sein kann für die Bemessung politischer Rechte in einem derartig politisch durchgebildeten, wirtschaftlich organisierten, sozial bewußten und politisch gebildeten Volke, wie es das preußische ist. Es war darum seit geraumer Zeit nicht die Notwendigkeit der Wahlreform strittig, sondern nur ihr Inhalt und Maß.

Es erübrigt, im gegenwärtigen Zeitpunkt zurückzukommen auf frühere Versuche zur Reformierung des Wahlrechts und auf die Gründe, die die Regierung veranlassen mußten, längere Zeit trotz der Anerkennung der Notwendigkeit einer zeitgemäßen Wahlreform von weiteren Versuchen der Durchführung abzustehen. Auch wenn es gelungen wäre, vor kürzerer oder längerer Zeit im Zusammenwirken der Regierung mit beiden Häusern des Landtags eine organische Fortentwicklung des bestehenden Wahlrechts unter gerechterer und harmonischerer Abstufung des Stimmrechts zu erreichen, würde als ein Ergebnis des Krieges die Einführung des gleichen Wahlrechts doch notwendig geworden sein. Es stehen deshalb alle früheren Versuche und Entwürfe der Reform des preußischen Wahlrechts außer ursächlichem Zusammenhang mit diesem Wahlgesetz, sie können höchst weder zu dessen Begründung, noch zu seiner Erläuterung herangezogen werden. Die Einführung des gleichen Wahlrechts folgt nicht aus der Geschichte der preußischen Wahlrechtsbewegung, nicht aus den früheren gesetzgeberischen Vorgängen, sondern aus den völlig gewandelten Voraussetzungen, die dieser Weltkrieg geschaffen hat. Die Gründe, die in den vergangenen Friedensjahren von der Staatsregierung und großen Parteien gegen das gleiche Wahlrecht geltend gemacht worden sind, sind durch die Lehren und Erfahrungen des Krieges überholt.

Das Dreiklassenwahlrecht hielt die Mitwirkung der minderbemittelten breiten Volksmassen an den Staatsgeschäften in engen Grenzen, zugunsten eines starken politischen Einflusses der zahlenmäßig kleineren bemittelten Volksklassen. Das gleiche Wahlrecht legt das volle Gewicht politischen Einflusses, wie er in den Wahlen zum Abgeordnetenhause vermittelt wird, auch in die Hände der minderbemittelten Volksschichten, die in ihrer zahlenmäßigen Ueberlegenheit damit zu einer entsprechend stärkeren Einwirkung auf die Gesetzgebung im Staate gelangen. Der an sich nicht unberechtigte Grundsatz, daß die politischen Rechte im Staat nach den Leistungen für den Staat bemessen werden sollen, ist oftmals für die Aufrechterhaltung des Dreiklassenwahlrechts geltend gemacht worden, obwohl seit der Einführung dieses Wahlrechts je länger je weniger ausschließlich und einzelnig die Zahlung der direkten Steuern zum Maßstab der öffentlichen Leistungen überhaupt genommen werden konnte. Im gegenwärtigen Zeitpunkt fällt gerade die Anerkennung jenes Grundsatzes mit Notwendigkeit zur Einführung des gleichen Wahlrechts. Die Jahre dieses Krieges haben von jedem Staatsbürger Leistungen gefordert, denen gegenüber quantitativ wie qualitativ jeder Versuch der Abstufung, der unterschiedlichen Bewertung, verfehlen muß. Die Härten des Wirtschaftskrieges haben die gesamte Bevölkerung ohne Ausnahme getroffen, der Lebenshaltung eines jeden so fühlbare Opfer und Entbehrungen auferlegt, daß die Steuerzahlungen kaum mehr als objektiven Wert für den Staat, wie auch an subjektivem Wert für die individuelle Leistung gegenüber den Lasten und Leistungen gerade auf wirtschaftlichem Gebiet zurücktreten. Staat und Reich haben zur Kriegszeit restlos die Kraft und den Willen jedes einzelnen für die öffentlichen, die unerläßlichen Zwecke, ohne Unterschied und ohne jede Rücksicht auf absolute und wirtschaftliche Beeinträchtigungen, in Anspruch nehmen müssen. Der öffentliche Wert dieser allgemeinen Kriegsleistungen und Opfer gestattet überhaupt keinerlei urteilende Bemessung. Auch darüber stehen, jedem Maße entrückt, die Verluste Hunderttausender Menschenleben, die unersetzbares Gut auf dem Felde der Ehre verwaisten, deren Angehörige abgelegt hatten, daß die dem Staat gebrachten Opfer aller Bürger einen gleichen Wertes sind, daß der Staat auf den Unterschied äußerlicher Gesichtspunkte Abstufungen der politischen Rechte nicht mehr gründen kann. Der gute preußische Grundsatz, daß die Leistung für den Staat den Rechten im Staat das Maß setzen soll, tritt heute dem gleichen Wahlrecht zur Seite.

*

Der Entwurf des Gesetzes betreffend

die Zusammensetzung des Herrenhauses

enthält u. a. folgende Bestimmungen:

§ 1. Das Herrenhaus besteht aus Mitgliedern, welche von dem Könige nach Maßgabe der §§ 2 und 26 berufen werden.

§ 2. Mitglieder des Herrenhauses auf Lebenszeit sind diejenigen Prinzen des Königlichen Hauses und des Fürstlichen Hauses von Hohenzollern, die nach erreichter Volljährigkeit von dem Könige berufen werden.

§ 3. **Auf Grund von Präsentation werden auf Lebenszeit in das Herrenhaus berufen 60 Personen aus** der Zahl der nach der Verordnung wegen der Bildung der Ersten Kammer vom 12. Oktober 1854 zu erblichen Mitgliedern Berufenen, und zwar 10 Mitglieder als Vertreter der vormaligen reichsständischen Häuser, 24 Mitglieder als Vertreter der Fürsten, Grafen und Herren, 26 Mitglieder als Vertreter der mit erblicher Berechtigung dem Herrenhause angehörenden Personen und der mit Präsentationsrecht begnadigten Geschlechter.

§ 4. Auf Grund von Präsentation werden ferner in das Herrenhaus berufen: 36 Bürgermeister größerer Städte für die Dauer der Amtszeit, 36 Besitzer solcher ländlichen Grundstücke, die einen Umfang von mindestens 100 Hektar haben, und die sich zur Zeit der Präsentation bereits 50 Jahre im Besitze einer und derselben Familie befinden, für die Dauer der Besitzzeit, 36 Leiter großer Unternehmungen der Industrie oder des Handels für die Dauer der leitenden Stellungen.

Nach § 5 werden auf Grund von Präsentationen auf 12 Jahre in das Herrenhaus berufen 72 Vertreter der städtischen und ländlichen Selbstverwaltung, drei Vertreter der Stadt Berlin, ein Vertreter der Hohenzollernschen Lande, 36 Vertreter der Landwirtschaft, 36 Vertreter von Handel und Industrie, 12 Vertreter des Handwerks, 16 Vertreter der Hochschulen, 16 Mitglieder, welche als Vertreter der evangelischen und katholischen Kirche präsentiert werden. Es entfallen davon zehn auf die evangelische und sechs auf die katholische Kirche.

Ohne Präsentation werden auf Lebenszeit in das Herrenhaus berufen einzelne Personen, die das besondere Königliche Vertrauen genießen. Ihre Zahl darf 150 nicht übersteigen. Aus ihnen werden Kronanwälte bestellt.

Paragraph 31 bestimmt, daß das Herrenhaus keinen Beschluß fassen kann, wenn nicht mindestens 200 Mitglieder anwesend sind. Die höchste Gesamtmitgliederzahl abgesehen von den Prinzen, wird 510 betragen.

Der Zeitpunkt des Inkrafttretens wird durch die Königliche Verordnung bestimmt.

*

Die Neuordnung bedeutet eine Einschränkung der Zahl der erblich Berechtigten und der Vertreter des altangesessenen größeren Grundbesitzes, die bisher von den sogenannten Landschaftsverbänden präsentiert wurden, unter gleichzeitiger Ausdehnung des Präsentationsrechts auf die 1866 mit dem Staate verbundenen Landesteile. Die Grafenverbände, die vier großen Landesämter im Königreich Preußen und die Domstifter werden im Herrenhause nicht mehr vertreten sein.

Bisher war das Herrenhaus wie folgt zusammengesetzt (ohne die Königlichen Prinzen): 115 erblich Berechtigte, 272 auf Lebenszeit Berufene, zusammen 387. Unter den auf Lebenszeit Berufenen befanden sich die Inhaber der vier großen Landesämter in Preußen und 88 aus besonderem Allerhöchsten Vertrauen Berufene, von denen zehn zugleich als Kronsyndici bestellt waren. Ferner 180 Mitglieder auf Grund von Präsentation, darunter drei Vertreter der Domstifter, acht Vertreter der Provinzialverbände der Grafen, 18 Vertreter der Familienverbände, 90 Vertreter der Verbände des alten und des beseitigten Grundbesitzes, zehn Vertreter der Landesuniversitäten und 51 Mitglieder der Städte.

*

Die Begründung des Entwurfs.

Im Wechsel der Zeiten hieß das Herrenhaus nicht mehr das, was es sein sollte: ein Spiegelbild derjenigen Faktoren, auf denen Entwicklung und Bedeutung des Landes beruhte. Schon mit der 1857 erfolgten Ausdehnung des Staatsgebietes waren Veränderungen verbunden, denen in der Zusammensetzung des Herrenhauses nicht voll Rechnung getragen wurde. Vor allem aber kommt in Betracht, daß neben der Landwirtschaft, in der mit der fortschreitenden Entwicklung eines künftigen Bauernstandes dem Großgrundbesitzer die frühere Stellung nicht mehr in vollem Umfange verblieb, sich die Industrie Preußens in allen ihren Zweigen zu großer Kraft und Leistungsfähigkeit entwickelt hat. Im industriellen Unternehmertum ist ein Stand wirtschaftlicher Führer entstanden, der neben dem Grundbesitz einen rechtlich gewährleisteten Platz beanspruchen darf. Die führenden Männer des Handels und die Leiter deutscher Banken haben Weltruf gewonnen. Der Handwerkerstand hat sich in hartem Kampf mit der fortschreitenden Industrialisierung des Gewerbes in seiner Bedeutung behauptet. Das ist der Boden, auf dem zu einem wesentlichen Teile ein der neuen Entwicklung Rechnung tragendes Herrenhaus beruhen muß.

Daneben ist die Selbstverwaltung in hervorragendem Maße Sitz derjenigen Persönlichkeiten, welche eine Erste Kammer zu ihren Elementen zählen muß. Diese Erkenntnis hatte schon 1854 zu einer Einbeziehung von Städtevertretern in das Herrenhaus geführt. Aber der Bedeutung, welche jene grundlegende Einrichtung unseres öffentlichen Lebens in der fortschreitenden Entwicklung gewonnen hat, wird Maß und Art dieser Vertretung nicht mehr voll gerecht. Auch auf dem Lande hat sich unter der Einwirkung der Gesetzgebung ein kräftiges Selbstverwaltungsleben entwickelt. Die Berücksichtigung der Selbstverwaltung in diesem weitern und modernen Sinne ist die zweite feste Stütze, auf der in Fortbildung unserer Verfassungs- und Verwaltungseinrichtungen der Neubau des Herrenhauses fußen muß.

Unbeschadet der Veränderung in der Zusammensetzung des Herrenhauses durch Einfügung dieser neuen Elemente wird auch in Zukunft in weitem Umfange an bewährte bestehende Einrichtungen angeknüpft werden können. So wird an dem Grundsatz der Königlichen Berufung als dem staatsrechtlichen

---

□ Träumende Menschen.

Roman von Dora Duncker.

(Nachdruck verboten.)

(60. Fortsetzung.)

Mörbe hatte sich in seine kleine Schlafkammer zurückgezogen, die durch den schmalen Flur von der „guten Stube" mit dem alten Roßhaarsofa und der etwa gleichaltrigen Schwarzwälderin getrennt war. Er hatte gar keine Lust, sich mit dem Herrn Edgar, der in Zivil gekommen war, auf eine Unterhaltung einzulassen. Seine wahre Meinung über ihn hätte er ihm doch nicht sagen dürfen, weil sich das nicht geschickt hätte, und zum Komödienspielen hatte nun mal der kleine Invalide kein Talent.

Ueberdies konnte er von seinem Schlafkammerfenster her den Zugang von der Landstraße am besten überwachen.

Als Nelline in Mörbes „gute Stube" trat, seliger Erwartung voll, stand der junge Offizier gegen den Tisch vor dem Roßhaarsofa gelehnt. Die kleine Hängelampe beleuchtete scharf sein todblasses Gesicht, die tiefen dunklen Schatten um die Augen, den schmerzlichen Zug, der sich um den Mund unter dem kleinen Schnurrbart fortzog.

Ueber Cornelens strahlende Augen legte sich ein Schatten. Sie fühlte sofort: da war ein Unglück geschehen. Rasch ging sie auf Edgar zu und reichte ihm beide Hände.

„Armer, lieber Edgar, was ist denn geschehen?"

Er beugte sich stumm auf ihre Hand und küßte sie. Als er das Gesicht wieder aufhob, war eine Träne auf ihre Hand gefallen.

„Es ist aus und vorbei, alles aus," sagte er leise und schwer. „Ich habe mir und andern das Wort gebrochen. Ich habe wieder gespielt und ein Vermögen verloren."

In dem kleinen Zimmer war es totenstill, nachdem Edgar gesprochen hatte. Heute fand Cornelie kein verdammendes Wort.

Grenzenloses Mitleid, überquellende Liebe, der Wunsch zu helfen, erfüllten sie ganz.

Sie trat ganz nahe zu ihm und legte die Hand auf seinen Arm.

„Könnte Helene Ihnen nicht helfen, Edchen? Muß es wirklich aus und zu Ende sein?"

Er nickte stumm; nach einer kleinen Weile sagte er: „Selten hat mir geholfen, die Ehre zu retten. Das ist viel, aber nicht alles. Er hat den größten Teil der Summe für mich gezahlt. Für den Rest hat er gutgesagt. Jahre werden vergehen, ehe ich auch nur einen Teil der Schuld werde abzahlen können! Wäre dieser Giebel, dieser Lump nicht gewesen" — seine Stimme drohte und grollte, dann unterbrach er sich rasch. „Ich will keinen Stein mehr auf ihn werfen — ihm die Verantwortung für meine Schuld aufhalsen — nein. — Ich habe kein Recht mehr dazu."

Stumm und blaß, mit eiskalten, fest ineinander geschlungenen Händen stand das Mädchen da. Ihr ganzes Wesen, Anspannung, Konzentration auf den einen Gedanken, ihm zu helfen, ihm ihre treue Anhänglichkeit zu beweisen.

In Edgars stille Augen stieg ein sanftes, zärtliches Licht. Er beugte sich zu ihr und sagte leise:

„Liebe, liebe Cornelie! Erinnern Sie sich, was Sie mir an jenem heißen Sommertag sagten, als ich bei Ihnen am Kupfergraben war und Ihnen von jener Nacht am Spieltisch berichtete, zu dem Loewengard mich und Selten geschleppt hatte? Sie sagten mir damals, nachdem Sie mich tüchtig ausgescholten: „Wenn es denn doch mal durchaus nicht weitergeht, mir ist es ganz egal, in welchem Rock ein Mensch steckt, Herr Leutnant." Wissen Sie das noch, Nellie?"

Sie nickte stumm und sah heiß und verlegen zur Seite.

„Und weiter sagten Sie — ich habe mir jedes Wort gemerkt: „Wenn ich Sie wäre, Edgar, ja ich den bunten Rock freiwillig aus. Ein tüchtiger Kerl findet überall sein Brot", und als ich Ihnen dankte und Ihnen sagte, daß ich dies Wort nie vergessen würde, antworteten Sie —"

Nellie wandte sich rasch. Mit fester Stimme, die Augen voll und warm zu ihm aufgeschlagen, wiederholte sie, was sie damals gesprochen hatte.

„Ich auch nicht. Und wenn es einmal not tut, Sie dürfen mich beim Wort halten, Edchen."

Er nahm ihre Hand fest zwischen seine beiden.

„Diese Worte, Cornelie, haben mich vor dem Aeußersten bewahrt. Ohne sie wäre ich heut nicht mehr, hätte ich geendet, wie ein Feiger. Den Entschluß: statt einer Kugel ins Hirn aufrichtige Beichte, auch dem Regiment, und dann über den Ozean in ein neues Leben voll neuer Arbeit, mag sie anfangs noch so sauer sein, — dank ich dir, Nellie, dir allein."

Er zog ihren Kopf an seine Brust und küßte sie sanft auf die Stirn.

Sie aber schlang die Arme um seinen Nacken und sah ihm glückstrahlend ins Gesicht.

„So hab ich mich doch nicht in dir getäuscht, du lieber guter, tapferer Mensch!"

Er nahm sie in den Arm und küßte ihren Mund. Heiß hielten diese beiden sich umschlungen, die schon so lange eins gewesen waren in ihrer jungen, ehrlichen, tapferen Liebe.

„Wie werd ich dich entbehren! Wie wirst du mir fehlen, mein Liebling," flüsterte er zärtlich. „Wie lange wird es dauern, bis ich dich holen kann!"

Sie machte sich ein wenig aus seiner Umarmung los und sagte mit lachenden Augen:

„Glaubst du, ich liebe dich allein gehen, du Tunichtgut, damit du wieder neue Dummheiten anstellst? Nichts da, ich gehe mit dir, durch dick und dünn, wenns sein muß. Wir beide machen schon unsern Weg; du kannst ja ohne mich gar nicht fertig werden. Du, du! Gleich morgen red' ich mit dem Papa. Er wird Vernunft annehmen, der Löwenmähnige, jetzt, wo er Wahl und Lotte hat, und uns nach England und aufs Standesamt begleiten."

Edgar schüttelte erregt den Kopf.

„Ich danke dir, Nellie, aber das kann nicht sein. Ich muß noch heute nacht fort, alles ist vorbereitet, das Schiffsbillet gelöst, der Kajüttenplatz belegt. Nur ein letzter Brief an Wulfen ist noch abzugeben. Morgen dampf' ich von Bremen über Liverpool nach Neuyork."

Cornelie hing traurig und trotzig zugleich den Kopf.

Er streichelte ihr sanft die Wangen.

„Und wenn ich Zeit in Fülle hätte, meine Nellie, ich würde dir doch immer dasselbe sagen. Es ist sehr lieb und großmütig von dir, mit mir ins Ungewisse hinausgehen zu wollen, aber ich nehme dies Opfer nicht an. Sobald ich freie Bahn vor mir sehe, sobald ich weiß, wie ich meinen Verpflichtungen nachkommen kann, ruf' ich dich, mein Herz. Es wird auch dann noch Arbeit genug für uns beide geben. Deinem Vater schreibe ich, sobald ich drüben bin, und lege ihm offen meine Lage dar. Ganz trostlos wird sie nicht sein. Ich habe ein paar gute Verbindungen drüben, Menschen, die nicht klein von mir denken werden, weil ich mich für des Königs Rock nicht charakterfest genug gefühlt und ihn mit meiner Hände Arbeit vertauschen möchte".

So bitter seine Weigerung sie ankam, sie wagte nicht mehr zu widersprechen. In ihrem innersten Herzen fühlte sie, daß er recht habe, und daß sie ihn, wenn es möglich war, für seinen harten männlichen Entschluß nur mehr noch liebte.

Die alte Schwarzwälderin über dem Roßhaarsofa holte zu einem ihrer langsamen, heiseren Schläge aus. Der junge Offizier sah zu dem Zifferblatt auf. Halb sechs. Es war Zeit für ihn zu gehen.

„Willst du Lena nicht Lebewohl sagen?" fragte Nellie. „Wenn du sie auch schwerlich mehr allein findest —"

„Nein, mein Liebling. Ich bin nur zu dir gekommen. Sage deiner Schwester, was zu sagen ist. Sie wird mich verstehen. Auch danken sollst du ihr noch für all ihre Güte und Nachsicht für mich. Willst du das tun und Lena bitten, mir zu verzeihen?" Sie nickte stumm unter Tränen zu ihm auf.

„Auch den Alten mußt du grüßen und ihm danken für seine Gastfreundschaft obwohl er heut wenig freundlich zu mir war. — Und nun leb' wohl!"

Sie hielten einander im Arm. Ihre jungen Lippen küßten sich.

Cornelie schluchzte laut.

„Ich muß fort, Liebling," flüsterte er.

Sie raffte sich zusammen, nahm den Torschlüssel, den Mörbe ihr überlassen hatte, vom Tisch und ging Arm in Arm mit dem Geliebten in den kalten dunkeln Abend hinaus. — —

Drüben im kleinen Salon stand Loewengard in demütiger Haltung vor Helene und legte den Scheck über hunderttausend Mark an die Bank von England, den Frau von Versch der assyrischen Schmuckschatulle entnommen hatte, sorgfältig in seine Brieftasche.

„Es ist eigentlich eine unverantwortliche Güte, gnädige Frau, die Sie an dem jungen Offizier üben," sagte Loewengard sich tief vor Helene verneigend. „Aber wer den Jammer des jungen Menschen gesehen, mußte sich wohl oder übel zu seinem Fürsprecher machen. Am Ende aller Enden ist es ja auch kein Vergnügen, einen Verwandten, mit dem man den gleichen Namen trägt, mit Schimpf und Schande aus der Armee gestoßen zu sehen," fügte er mit zynischem Lächeln hinzu.

Helene machte eine stumm abwehrende Bewegung. Sie wollte Loewengard um keinen Preis merken lassen, wie nahe Edgars schwere Verfehlung ihr schon um Cornelies willen ging.

Loewengard sah unauffällig auf die Uhr. Da den Maßnahmen dieses albernen Mörbe zufolge das Parktor schon um fünf geschlossen wurde, hatte er sein Automobil um dreiviertel sechs auf die Landstraße, unmittelbar hinter dem Torwärterhaus bestellt. Bis um acht mußte es ihn an den Kölner Zug bringen. Es wurde Zeit, sich zu verabschieden — auf Nimmerwiedersehen.

Als Cornelie mit brennenden Wangen und verweinten Augen zurückkam, Edgars letzten heißen Kuß auf den Lippen stand Mörbe in der Tür seiner guten Stube.

„Weshalb weinen Sie denn, Fräulein Nellie?" sagte der kleine Invalide mürrisch. „Tränen verdient er nicht. Schon um der gnädigen Frau willen, und was er ihr angetan, dürften Sie nicht mehr zu ihm halten."

Cornelie ging rasch auf den Alten zu und packte ihn bei der Hand.

„Was reden Sie da, Mörbe! Herr Leutnant von Versch ist mein Bräutigam, wir haben uns eben verlobt, und der bravste Mann unter der Sonne."

Der Kleine zuckte die schiefen Schultern.

„Wenn Sie das brav nennen, wenn einer einer Frau, die ihm nur Gutes getan, hunderfünfzigtausend Mark für Spielschulden abnimmt — und noch dazu einen andern — und sich selber feige davon drückt — ja dann —"

„Mörbe!"

Cornelie stand in drohender Haltung vor dem Kleinen. Es fehlte nicht viel, sie hätte ihn uns Gesicht geschlagen.

„Widerrufen Sie auf der Stelle, was Sie da über Herrn von Versch gesagt haben. Er war leichtsinnig, ja. Verführt durch diesen Loewengard, hat er fünfzigtausend Mark im Spiel verloren. Aber die Sache ist geordnet und geht niemanden mehr etwas an. Niemanden, hören Sie! Er hat seine Schuld eingestanden, freiwillig scheidet er aus dem Regiment. Er ist unterwegs nach Amerika, mit seiner Hände Arbeit sein Brot zu verdienen. Das ist Edgar von Versch, mein Verlobter!"

(Fortsetzung folgt)

Entziehungsgrund der Mitgliedschaft festzuhalten sein. Die Königliche Berufung, die die geschichtlich überlieferten Beziehungen zwischen Krone und Herrenhaus deutlich zum Ausdruck bringt, wird sich auch künftig der Regel nach auf die Präsentation von Standes- und Berufsgenossen zu stützen haben. So soll es sichergestellt werden, daß gerade solche Persönlichkeiten dem Herrenhaus angehören, die das vollste Vertrauen derjenigen Standes- und Berufskreise genießen, denen eine gesetzliche Vertretung im Herrenhause zugedacht ist. Die Zuteilung von Präsentationsberechtigungen wird das Ziel im Auge haben müssen, die großen tragenden Gewalten des öffentlichen Lebens aus der Geschichte und aus dem Stande der politischen, wirtschaftlichen und geistigen Entwicklung zu erkennen und zur Geltung zu bringen. Die Aufgabe ist gelöst, wenn es gelingt, die bedeutsamsten Gruppen herauszuschälen und die danach noch verbleibenden Unbilligkeiten auf anderem Wege auszugleichen.

In Anknüpfung an das geschichtlich Gewordene und Bewährte wird auch im neuen Herrenhause dem Prinzip der erblichen Berechtigung Geltung zu gewähren sein. Neben der Aufrechterhaltung der Möglichkeit, die Prinzen des Hohenzollernschen Hauses zu Mitgliedern des Herrenhauses zu berufen, soll eine auf Präsentation beruhende Vertretung der bisherigen erblichen Mitglieder in das neue Haus hinübergeleitet werden. Schon die Rücksicht auf die Gesamtzahl der künftigen Mitglieder des Herrenhauses läßt eine Einschränkung der Zahl der erblich berechtigten Mitglieder geboten erscheinen.

Gleichartige Erwägungen geschichtlicher Ueberlieferung und tatsächlicher Bedeutung auch für den heutigen Staat führen dazu, auch dem altangesessenen größeren Grundbesitz weiterhin eine selbständige Vertretung im Herrenhause zu gewähren. Die Vertretung, die dieser bisher in den Präsentationsverbänden der sogenannten Landschaftsbezirke gefunden hat, wird allerdings in Rücksicht auf die anderweite Zusammensetzung des Hauses eine zahlenmäßige Minderung erfahren müssen. Die Vertretung wird ferner auch auf die 1866 mit dem preußischen Staate neu verbundenen und seit einem halben Jahrhundert mit ihm organisch und unlösbar zusammengehörigen Landesteile, für welche Landschaftsbezirke bisher nicht gebildet waren, ausgedehnt werden müssen. Endlich werden die Voraussetzungen des Rechts zur Teilnahme an der Präsentation umgestaltet werden müssen. Der landwirtschaftliche Betrieb nicht als Erwerbsquelle, sondern als alter, im Boden der Heimat fest verwurzelter Besitzstand soll demgemäß fortan im ganzen Staatsgebiet die Anwartschaft auf die Landstandschaft begründen.

Das Ziel, die größeren Städte stets durch ihre tüchtigsten Oberhäupter im Herrenhause vertreten zu sehen, wird besser erreicht werden, wenn die Leiter der bedeutenden Stadtgemeinden ihre Vertreter im Herrenhause selbst aus ihrer Mitte präsentieren. Als bedeutende Städte sollen nach den Vorschlägen des Entwurfs einmal diejenigen gelten, welche bisher mit dem Präsentationsrechte ausgestattet waren — insoweit wird der geschichtlichen Entwicklung Rechnung getragen —, und weiterhin alle Städte, die eine Mindestzahl an Einwohnern erreichen, — insoweit wird jedem heranwachsenden Gemeinwesen die Anwartschaft eröffnet. Als solche Mindestzahl werden 50 000 Einwohner vorgeschlagen. Präsentationsberechtigt sollen die Oberhäupter dieser Städte sein, auf die allein auf der anderen Seite die Präsentationswahl fallen kann.

Daneben bedarf es, worauf schon hingewiesen wurde, einer besondern Vertretung der Selbstverwaltung in Stadt und Land. Deren kraftvolle Entfaltung ist mit Recht stets als ein besonderer Stolz des preußischen Staates angesehen worden. Darum ist die Auswahl derjenigen Persönlichkeiten, welche die Selbstverwaltung im Herrenhause vertreten sollen, von besonderer Bedeutung; sie soll den Provinziallandtagen, als den Trägern unserer größten Selbstverwaltungsbezirke, übertragen werden. Die Präsentation durch die Provinziallandtage schlägt der Entwurf in der Weise vor, daß auf ihnen städtische und ländliche Abteilungen gebildet werden, welche je gesondert die Vertreter der städtischen und ländlichen Selbstverwaltung auswählen.

Für die berufsständischen Vertretungen, deren Notwendigkeit allgemein anerkannt ist, bieten in Landwirtschaft, in Handel und Industrie und in Handwerk die Berufskammern die gegebenen Präsentationskörper.

Wie indes in der Landwirtschaft entsprechend der geschichtlichen Entwicklung und volkswirtschaftlichen Bedeutung des großen Grundbesitzes neben den durch die Landwirtschaftskammern zu präsentierenden Vertretern noch weitere, von besondern Präsentationskörpern zu wählende Mitglieder berufen werden sollen, so wird auch den großen Betrieben in Industrie, Handel und Bankgewerbe, welche in den letzten Jahrzehnten den Weltruf deutscher Arbeit begründet und den Grund zu dem Wohlstande weiter Kreise gelegt haben, eine besondere Vertretung nicht versagt bleiben können. Als geeignete Präsentationsorgane dafür werden die großen berufsständischen Interessenvertretungen in Betracht kommen, welche über den Rahmen örtlicher und fachlicher Rücksichten hinausgehend der Geltendmachung allgemeiner Interessen dienen und bereits bisher auch ohne eine besondere gesetzliche Unterlage der Staatsregierung und den Behörden wertvolle Berater gewesen sind.

Neben diesen Hauptbestandteilen des künftigen Herrenhauses, den Vertretern der Selbstverwaltung und der großen Erwerbsstände, entspricht die im Entwurfe vorgesehene zahlenmäßig verstärkte und auf gesetzliche Rechtstitel gegründete Vertretung des geistigen und des geistlichen Lebens der besten deutschen Eigenart u. der überragenden Bedeutung, die Wissenschaften und Religion für die Bildung des deutschen Nationalgeistes gewonnen haben. Neben den Landesuniversitäten haben in den letzten Jahrzehnten, die unter dem Zeichen höchster technischer Errungenschaften standen, die technischen Hochschulen ihren vollwertigen Rang im wissenschaftlichen Leben errungen. Sie können im Herrenhause nicht unvertreten bleiben. Daneben erwächst dem Staate die Pflicht, den Mächten des religiösen Lebens durch ausreichende Vertretung im Herrenhause eine Mitwirkung an der Gesetzgebung einzuräumen. Darum sollen aus den beiden großen christlichen Bekenntnissen die führenden Männer des kirchlichen Lebens in geeigneter Form für das Herrenhaus präsentiert werden.

Die Grundlage, auf der die Erste Kammer ruhen muß, wird endlich noch verbreitert durch die Heranziehung der im Staate und Volk führenden Männer auf denjenigen Gebieten, aus denjenigen Ständen und Berufen, denen eine gesetzliche Sonderberücksichtigung und die ausdrückliche Einräumung eines Rechtstitels nicht hat zuteil werden können. Diese Persönlichkeiten bleiben, ähnlich wie es im bestehenden Rechte der Fall ist, auf die besondere königliche Gnade angewiesen, die in der Berufung ins Herrenhaus aus Allerhöchstem Vertrauen in die Erscheinung tritt. Es wird eine schöne Aufgabe der Krone sein, auf diesem Wege alle kleinen Ungleichmäßigkeiten und Unbilligkeiten, die aus der naturgemäß immer unvollkommen bleibenden Gestaltung der Präsentationsberechtigten sich ergeben müssen, zum Ausgleich zu bringen.

Eine grundsätzliche Aenderung des bestehenden Zustandes bringt der Entwurf dadurch, daß er für die Zahl dieser Mitglieder eine Grenze setzt. Diese Grenze ist so zu wählen, daß der Bewilligung der königlichen Gnade ein hinreichender Spielraum verbleibt und daß auf der andern Seite die Unabhängigkeit des Herrenhauses nicht durch eine zu große Ausdehnung dieser Mitgliedergruppe in Frage gestellt wird. Diese Unabhängigkeit des Herrenhauses wird für seine politische Geltung im Staatsleben, für seinen freien Einfluß auf die Gestaltung der Gesetzgebung, für die Zielsicherheit seiner Arbeiten und das Gewicht seiner Beschlüsse von entscheidender Bedeutung sein.

Das bestehende Recht kennt innerhalb des Herrenhauses im wesentlichen nur solche Mitgliedschaften, die auf die Lebenszeit des Berechtigten abgestellt sind. Hiervon bringt der Entwurf insoweit eine Abweichung, als er insbesondere den Vertretungen der Selbstverwaltung und der Berufsstände eine zeitliche Grenze zieht, bei deren Eintritt eine neue Präsentation und eine neue Berufung stattfindet.

Der Gedanke, in etwa noch weitergehendem Maße, als es nach den vorstehenden Darlegungen geschehen ist, bestehende Berechtigungen und Ueberlieferungen, auf denen das gegenwärtige Herrenhaus ruht, in die neue Zusammensetzung hinüberzunehmen und etwa sämtliche jetzigen Mitglieder auf Lebenszeit im Herrenhause zu belassen, wird nicht verfolgt werden können, da das Herrenhaus dann noch für lange Jahre wesentlich anders zusammengesetzt sein würde, als die Forderung der neuen Zeit es erheischt. Der Entwurf muß deshalb vorsehen, daß die gegenwärtigen Mitglieder, soweit sie nicht von der im § 33 Abs. 2 vorgesehenen Uebergangsbestimmung betroffen oder gemäß dem neuen Gesetz wiederum ins Herrenhaus berufen werden, aus dem Herrenhause ausscheiden, um die dem Willen des Gesetzgebers entsprechende Zusammensetzung des Hauses zu ermöglichen. Darum muß ein nach dem neuen Recht zusammengesetztes Herrenhaus an die Stelle des alten gesetzt werden, und die Rücksicht auf die Rechte seiner Mitglieder muß diesem höhern Gesichtspunkte gegenüber zurücktreten.

*

Das Budgetrecht des Herrenhauses.

Der Entwurf eines Gesetzes betreffend die Abänderung der Artikel 62 und 99 der Verfassungsurkunde vom 31. Januar 1850 enthält einen einzigen Artikel, der bestimmt:

Erstens: Artikel 62, Abs. 3 der Verfassungsurkunde erhält folgenden Zusatz: „Wenn jedoch die Zweite Kammer gegen den Widerspruch der Staatsregierung einen Ausgabeposten, der bisher unter den ordentlichen Ausgaben im Staatshaushaltsetat enthalten war, entweder überhaupt nicht oder nicht in der zuletzt vorgesehenen oder nicht in der von der Regierung neu vorgeschlagenen geringeren Summe bewilligt, so hat die Erste Kammer über diesen Posten vor der Abstimmung über den Gesamthaushalt vorweg Beschluß zu fassen. Tritt die Erste Kammer dem Beschlusse der Zweiten nicht bei, so hat diese nach vorausgegangener Beratung in einem aus Mitgliedern beider Kammern gebildeten Verständigungsausschusse über den Posten erneut zu beschließen. Erst nach dieser endgültigen Beschlußfassung findet die Abstimmung der Ersten Kammer über den Gesamthaushalt statt."

Zweitens: Im Artikel 62 der Verfassungsurkunde wird folgender Absatz 4 hinzugesetzt: „In dem Staatshaushaltsetat können Ausgaben, die im Entwurf nicht vorgesehen sind, oder Erhöhungen von Ausgabeposten über den Betrag der von der Staatsregierung vorgeschlagenen Summe von der Zweiten Kammer ohne Zustimmung der Staatsregierung nicht eingesetzt werden."

Drittens: Im Artikel 99 der Verfassungsurkunde wird folgender Absatz 3 hinzugesetzt: „Wenn bis zum Schlusse eines Rechnungsjahres der Staatshaushaltsetat für das folgende Jahr nicht zustande kommt, ist die Staatsregierung ermächtigt, bis zu seinem Inkrafttreten alle Ausgaben zu leisten, die zur Erhaltung gesetzlich bestehender Einrichtungen oder zur Durchführung gesetzlich beschlossener Maßnahmen erforderlich sind, ferner die rechtlich begründeten Verpflichtungen des Staates zu erfüllen und endlich Bauten und Beschaffungen fortzusetzen, für die durch den Staatshaushalt eines Vorjahres bereits Bewilligungen stattgefunden haben, sowie unter der gleichen Voraussetzung Beihilfen zu Bauten und Beschaffungen weiter zu gewähren."

*

In der

Begründung

wird zu Nr. 1 des Art. des Gesetzentwurfs gesagt, daß dem Herrenhause wenigstens für gewisse Fälle, in denen die Beschlußfassung des Abgeordnetenhauses das Herrenhaus in eine besonders schwierige Lage bringen würde, die Möglichkeit gegeben wird, indem es den von dem Abgeordnetenhause gestrichenen oder gekürzten Ausgabeposten zur nochmaligen Prüfung an das andere Haus zurückvermeidet, eine Zwischenverhandlung zwischen beiden Häusern herbeizuführen, die zwar auch jetzt schon nicht untersagt ist, hierdurch aber für die besonders bezeichneten Fälle verfassungsgemäß festgelegt sein würde. Der Gesetzentwurf sieht dieses Verfahren vor, wenn durch den Beschluß des Abgeordnetenhauses in einen bereits im Staate bestehenden Zustand eingegriffen wird.

Zu Nr. 2 des Artikels wird bemerkt, daß es sich empfehle, eine ausdrückliche Vorschrift über die Unzulässigkeit einseitiger, dem Willen der Staatsregierung widersprechender, Erhöhungen oder Neueinsetzungen von Ausgabeposten im Staatshaushaltsplan aufzunehmen, wodurch zugleich das Herrenhaus die verfassungsrechtliche Gewähr dafür erhält, daß es nicht der Gefahr ausgesetzt wird, zu solchen einseitig vom Abgeordnetenhaus vorgenommenen Veränderungen auf keine andere Weise als durch Gesamtannahme oder Gesamtablehnung des Staatshaushaltsplans Stellung nehmen zu können.

Zu Nr. 3 wird gesagt: Der Vorschlag bezweckt einerseits, ein wirtschaftlich und finanziell gleichmäßig schädliches Stocken der Staatstätigkeit zu verhüten, andererseits aber die Ermächtigung zur Vornahme von Ausgaben nicht weiter auszudehnen, als dem mutmaßlichen Willen des Landtages entspricht.

Abg. Stresemann zur Lage.

Auf dem rheinischen Vertretertage der nationalliberalen Partei sprach am Sonntag in Köln der Vorsitzende der nationalliberalen Reichstagsfraktion, Dr. Stresemann, über die Lage; dabei führte er nach der „Köln. Ztg." unter anderem aus:

Was uns veranlaßt hat, an der inneren Neugestaltung mitzuarbeiten, war der Gesichtspunkt, daß einmal diese innere Neugestaltung angeschnitten wurde von der Sozialdemokratie, unterstützt von andern bürgerlichen Parteien. Da hatten wir uns die Frage vorzulegen, ob es wünschenswert sei, durch Ablehnung dieser sozialdemokratischen Wünsche auf eine gewisse Erfüllung der Neuordnung die Opposition der Sozialdemokraten zu erregen, die unter Umständen nach innen und außen einen Eindruck hervorgerufen haben könnte, der ebenfalls im Interesse der siegreichen Durchführung des Krieges uns nicht wünschenswert erschien. Wir mußten alles tun, damit uns diese Auseinandersetzung nicht in der Situation des Endkampfes kommen und uns schließlich um die Früchte unserer Siege bringen würde. Der Neugestaltung des Wahlrechts in Preußen haben sich zu allen Seiten die Konservativen entgegengestemmt, und wenn heute die Neugestaltung nach der Richtung des Reichstagswahlrechts ihren Ausdruck findet, so trifft die Hauptschuld die Konservativen. Ich habe den beteiligten Stellen des Reiches gesagt, mit dem königlichen Erlaß über die Aenderung des preußischen Wahlrechts so zeitig zu kommen, daß die Krone die Gebende sei; dann konnte die Krone den Zeitpunkt bestimmen, an dem es in Kraft treten sollte. Dann würde sich eine andere Situation ergeben haben als die, in die wir hineingekommen sind. Das hat aber wohl an den Ratgebern der Krone gelegen. Als Frage sich nun, ob nicht gewisse Fragen erledigt werden müssen, um bis zum Schluß des Krieges den Zusammenhang aller Parteien sicherzustellen. Uns hat nicht das gleiche Wahlrecht in erster Linie vorgeschwebt, das als eine Darbietung der Krone durch die Schuld des Reichskanzlers von Bethmann Hollweg ohne Konzession von der Gegenseite, ohne die Gewißheit der Sonderung des Burgfriedens gewährt worden ist und ohne uns dem innern Frieden näherzubringen.

Die Frage, wer an den Krisen des März und des Juli die Schuld trage, warum der Kanzler Michaelis habe gehen müssen, warum die Frage der Marine nicht anders behandelt worden sei, beantwortete der Redner mit dem einen Satz: Es ist eine falsche Auffassung, zu glauben, daß ein guter wirtschaftlicher Organisator auch gleichzeitig ein guter Politiker sein kann. Kanzler Michaelis habe vom ersten Augenblick an anerkannt, daß er niemals eine politische Natur gewesen sei. Ueber die Vorgänge in der Marine, die an sich geringfügig gewesen seien, sei vorher allen Wissenden tiefstes Schweigen auferlegt worden. Wenn sie dann aber vom Reichstag aus der leitende Staatsmann in die Oeffentlichkeit schleudere, so sei das mehr, als man von ihm sich gefallen lassen könne; die Wirkung sei gewesen, daß der deutsche Kanzler die deutsche Flotte vor dem ganzen Auslande bloßgelegt habe. Eine solche sollche Abwägung der Wirkung einer Rede dürfte uns nicht noch einmal um den politischen Erfolg beim Ausland bringen. Aus diesem Grunde haben wir uns für verpflichtet gehalten, zum Zivilkabinett hinzugehen. Darin lag keine Pression auf die Regierung. Es ist doch richtig, dem Kaiser in ehrfurchtsvoller Weise zum Ausdruck zu bringen, was wir denken und was wir wollen. Die ganze Neuordnung hat für keine der Parteien ein Opfer an Ueberzeugung gekostet.

Der Grundgedanke der interfraktionellen Besprechungen war: Wie stellen wir den Burgfrieden wieder her? Von der Antwortnote an den Papst darf das Volk überzeugt sein, daß sie wohlüberlegt ist und die Lebensinteressen Deutschlands wahrt. Die Entschließung des Reichstags vom 19. Juli ist überholt; auf diesem Standpunkt steht die Nationalliberale Partei, ihre Rufe danke konnte und kann es aber nicht sein, dagegen immer wieder Protest in Versammlungen zu erheben, sondern mit dafür zu sorgen, daß sich das ganze Volk wieder zusammenfinde für ein Deutschland der Zukunft. „Für diese Politik stehe ich ein, und davon lasse ich mich nicht abbringen. (Lebhafter Beifall und Händeklatschen.) Wir haben Anzeichen und Aeußerungen, daß auch Zentrum und Fortschrittliche Volkspartei die Entschließung als überholt ansehen und zurückkommen zu dem Gedanken eines Friedens, der unserer Opfer wert ist."

Dr. Stresemann begrüßte die jetzige Form der Parlamentarisierung. Er verurteilte die Sensationslust, die ein Teil der Reichshauptstadt bei den Verhandlungen an den Tag gelegt habe, und die den Eindruck einer gewissen Pression auf die Regierung gemacht hätte. Er gab der Ansicht Ausdruck, daß die Berufung von Vertretern der Parteien in die Regierung diesen die Mitarbeit bei allen schwebenden politischen Fragen erhalte. Die Kabinettsmitglieder allerdings dürften nicht ausgeschaltet werden. In diesen Kriegsjahren hätten wir mit der politischen Erziehung unseres Volkes Jahrzehnte überspringen. Außenpolitisch und innenpolitisch müßten wir uns für die Zukunft auf den alten Standpunkt der Nationalliberalen Partei stellen: Macht nach außen, Freiheit nach innen! Es gehe nicht an, das mündig gewordene große Volk nach altem Rezept weiter zu regieren, es wolle mitsprechen über sein Schicksal. Der Redner fordert, daß mehr als bisher führende Männer in die Parlamente kommen; das sei z. B. möglich, wenn die Großstädte in Zukunft zwei Abgeordnete für die beiden größten Parteien erhielten. Die Nationalliberale Partei lehne jeden Boykott sowohl der Konservativen als auch der Sozialdemokraten ab. Alle Deutschen müßten zusammenarbeiten für ein Deutschland größer, freier und mächtiger als je. (Lebhafter, anhaltender Beifall.)

Bei den Ausführungen über die auswärtige Politik kennzeichnete Dr. Stresemann die äußere Lage als Zusammenbruch aller Zukunftshoffnungen des Verbandes. Italien erlebe einen militärischen Zusammenbruch ohnegleichen, Rußland stehe vor einem Chaos, der U-Bootkrieg wirke unerbittlich auf England ein und mache die Zeit zu unserem stärksten Bundesgenossen. Nicht unmöglich seien jetzt russische Friedensanerbietungen. Jetzt handle es sich praktisch darum, politisch die Nerven zu behalten und nicht zu vergessen, daß zwar Rußland den Frieden um jeden Preis haben müsse, aber nicht Deutschland. Der Grundsatz, daß man Rußland territorial nicht schwächen dürfe, um es sich als künftigen Freund zu erhalten, sei irrig. Das alte Rußland würde nach dem Kriege nicht mehr bestehen. Polen wird selbständig sein, die Ukraine und Finnland hätten sich bereits für autonom erklärt. Für uns käme jetzt die Entscheidung über das Schicksal von Litauen, Kurland und Livland. Nur ein ganz enger Anschluß an Deutschland könne hier in Betracht kommen. Selbständige Zwergstaaten mit eigener auswärtiger Politik würden entweder einen nordischen Balkan schaffen oder der geschickten englischen Diplomatie die Möglichkeit eröffnen, in diesen Uferstaaten englischen Einfluß geltend zu machen, wenn die Demokratie das Lettentum dort zur Herrschaft brächte. Um so mehr gelte es für uns, die deutsche Zukunftsaufgabe in der Ostsee sicherzustellen.

Die Versammlung nahm eine Entschließung an, in der es u. a. heißt: Die Versammlung erklärt ihr volles Einverständnis mit der Entschließung des Zentralvorstandes vom 29. September dieses Jahres. Unter entschiedener Ablehnung der Friedensentschließung der Reichstagsmehrheit vom 19. Juli fordert sie ein tatkräftiges Eintreten für eine starke, zielbewußte Reichspolitik zur Erringung eines Friedens, durch den Deutschlands Grenzen den notwendigen und besseren Schutz erhalten und seine politische und wirtschaftliche Zukunft sichergestellt wird. Im rückhaltlosen Vertrauen zu Hindenburg und Ludendorff und unsern draußen heldenmütig kämpfenden Truppen erblickt sie in unserer militärischen Lage die untrügliche Gewähr zur Erreichung der für einen solchen Frieden erforderlichen Machterweiterung und ausreichenden Kriegsentschädigung. Eine feste Regierung und eine die Lebensnotwendigkeiten des Reiches und des Volkes betonende Volksvertretung muß die Streitigkeiten um die Neuordnung unseres Verfassungslebens ausräumen; denn allen diesen innern Fragen voran steht das Gebot der Sicherung unserer deutschen Zukunft und darum die Forderung: Das Vaterland über die Partei, Einigkeit im Innern, Zusammenschluß aller Kräfte bis zu einem vollen Sieg über unsere Feinde.

Städtisches.

Münster, den 26. November

Mitteilungen des städtischen Kriegsausschusses

Dienstag zweite Hälfte der Magermilchkundenliste.

Dienstag Butterverkauf von 8—12 und 2—6 Uhr.

Servatiiplatz: 1301—2000, Stadthalle: 901—1800, Gödenstraße: 801—1600, Kreuzstraße: 701—1500, Warendorferstraße: 501—1000.

Kopfmenge 50 Gramm, Preis 31 Pfennig.

Neue Brotkarte (Mittäranweisekarte) und Kleingeld mitbringen!

An der Verkaufsstelle Kreuzstraße Eierverkauf in der Reihenfolge des Butterverkaufs; an den übrigen Verkaufsstellen heute — Dienstag — Schluß des Eierverkaufs.

Die Ausgabe der Gutscheine für geschnittenes und ungeschnittenes Brennholz, sowie für Torf wird fortgesetzt am Dienstag, den 27. November für die Verbraucher, deren Namen mit den Anfangsbuchstaben S und J beginnen, und am Mittwoch, den 28. November, für die Verbraucher, deren Namen mit den Buchstaben D und E beginnen.

Die Ausgabe findet im städtischen Kohlenbureau im Centralhof, vormittags von 8½—12½ Uhr statt.

Die Brotkarte ist mitzubringen und Geld abgezählt bereitzuhalten.

*

× **Kohlenverbraucher von gewerblichen Betrieben.**

Die Reichsmeldekarten für gewerbliche Verbraucher von Kohle, Koks und Preßtorf mit einem monatlichen Verbrauch von 10 Tonnen (gleich 200 Zentner) und darüber sind eingetroffen und auf dem städtischen Kohlenbureau im Centralhof (Eingang von der Bahnhofstraße aus) zum Preise von 15 Pfennig zu haben.

Die Meldungen sind in der Zeit vom 1. bis spätestens 8. Dezember zu erstatten, widrigenfalls neben der Bestrafung Ausschluß von der Belieferung seitens der „Amtlichen Verteilungsstelle" erfolgen kann.

* Aus dem Amtsblatt der Königl. Regierung zu Münster. Die am 2. Oktober erfolgte Wiederwahl des Amtmanns Gelscher zu Selde zum Kreisdeputierten des Kreises Recklinghausen ist auf die gesetzliche sechsjährige Wahlperiode bestätigt worden. — Dem Rechnungsrevisor Helmert in Recklinghausen wurde der Charakter als Rechnungsrat verliehen. — Ernannt ist Regierungsbaumeister Grote in Münster zum Bauinspektor. Dem Pfarrer Dr. Dunker in Ahaus ist die örtliche Aufsicht über die katholische Volksschule in Ahaus, Kreis Ahaus-West, übertragen worden. — Dem Pfarrer Kortmer in Schapdetten wurde die örtliche Aufsicht über die katholische Volksschule in Schapdetten im Landkreise Münster übertragen. — Versetzt: Präzeptor Schönherr vom Lehrerseminar in Petershagen an das evangelische Lehrerseminar in Recklinghausen.

Literarische Gesellschaft. Am Donnerstag, Freitag und Samstag dieser Woche veranstaltet die Literarische Gesellschaft in Verbindung mit der Deutsch-flämischen Gesellschaft einen flämischen Dichterabend. Für ihn ist der bekannte flämische Dichter René de Clercq gewonnen worden. René de Clercq wird über die Hoffnungen seines Volkes sprechen und außerdem eigene Dichtungen vortragen. Geheimrat Prof. Dr. Dosse, der Vorsitzende der Deutsch-flämischen Gesellschaft, wird den Dichter einführen. Weitere Mitteilungen über den Abend folgen.

Zur Einweihung der St. Antoniuskirche

am 27. November 1917.

Ein Feiertag im Völkerkriege,
Ein Hoffnungsostern in dunkler Nacht,
Ein Tag, an dem die Seele jubelt:
„Das ist der Tag, den Gott gemacht!"
Ward mit des Himmels süßem Frieden
Nach langem Harren uns beschieden.

Der edle Bau, der schön und würdig
Sich Münsters Kirchen angereiht
Und heute durch Gebet und Segnung
Dem Dienst des Höchsten ward geweiht,
Hat nach des Bischofs Hirtenworten
Weithin erschlossen seine Pforten.

Ströme lebend'gen Wassers fließen
Nun hier im heil'gen Sakrament,
Wo Tag und Nacht in Liebesgluten
Das göttliche Herz Jesu brennt,
Um mildiglich sich aller Armen,
Aller Bedrängten zu erbarmen.

Und Sankt Antonius, der Heil'ge,
Von dem es niemals noch erhört,
Daß er dem Flehenden seinen Beistand
Und seine Hilfe nicht gewährt,
Will fort und fort mit offnen Händen
Uns seine reichsten Gaben spenden.

Eilt drum herbei, die ihr mühselig
Und schmerzbeladnen Herzens seid,
Im Heiligtum ist Schutz und Rettung,
Ist Trost und Stärke euch bereit;
Ob noch so schwer und tief die Wunden,
Des Heil'gen Macht läßt sie gesunden.

Vertraut, und Gott, der seinen Diener
Durch Wunder oft verherrlicht hat,
Wird seiner Weisheit Gnadenwirken
Bezeugen auch an dieser Statt,
Wird neues Glück und neues Leben
Euch auf des Heil'gen Fürsprach geben.

Von Sankt Antonius behütet,
Stehn fest wir in der schwersten Zeit,
Bis einst im wahren Gottesfrieden
Verstummt der Völker Neid und Streit
Und hell in seligem Frohlocken
Zusammenklingen alle Glocken.

Antonie Jüngst.

Preis nur Mk. 20.—

Die fidele Kommode

Vierhundert Jahre deutscher Humordichtung

Herausgegeben von Herm. Siegfried Rehm.

Ein prachtvoller Ganzleinen-Quartband mit über 528 Seiten Umfang in mehrfarbigem Druck. Enthält mehr als 600 schwarze und farbige Zeichnungen und 16 Kunstblätter von den besten humoristischen Künstlern der Jetztzeit.

Preis Mk. 20.—

Wer sich und den Seinen noch fröhliche Stunden bereiten will,

dem sei dieses prachtvolle Album, dieser humoristische Familienschatz in Wort und Bild von unvergänglichem Werte, aufrichtig empfohlen. Allen Deutschen ist von Jugend auf ein Inventarstück des deutschen Hauses wohlbekannt, es ist die liebe traute Kommode. Zu einem solchen Inventarstück jeder deutschen Familie möge diese „Fidele Kommode" werden. In zahllosen Schiebladen und Fächern finden sich Schätze des deutschen Humors vereinigt, wie sie in solcher Fülle und Mannigfaltigkeit bisher noch nicht zusammengetragen wurden. Alle Jahrhunderte deutscher Humordichtung, von Hans Sachs bis auf die neueste Zeit, haben zu diesem goldenen Humorschatz ihr Bestes beigetragen. So sind unter vielen anderen mit Beiträgen vertreten: Wilhelm Busch, Johannes Trojan, Heinrich Seidel, Detlev von Liliencron, Rideamus, Rudolf Presber, Karl Ettlinger, Gustav Hochstetter, Alexander Moszkowski, Julius Stettenheim, Edwin Bormann, Otto Ernst, Ludwig Thoma, Otto Julius Bierbaum, Oskar Blumenthal, Richard Dehmel. Den Dichtern des Humors gesellte sich eine grosse Anzahl der bedeutendsten Zeichenkünstler bei, die den heiteren Inhalt der „Fidelen Kommode" mit köstlichen und lustigen Bildern und Skizzen begleiten. Unter den Humoristen des Stiftes sind vertreten: Erich Gruner, August Hayduck, Paul Haase, A. Schmidhammer, H. Wilke usw. So ist dieses Buch in Wahrheit eine „Fidele Kommode", die in keinem deutschen Hause, wo Sinn für Humor, Scherz und Witz lebendig ist, fehlen sollte. Wer sich in dieser ernsten Zeit durch ein gesundes Lachen erholen will, der greife in die „Fidele Kommode", die auch als Vortragsmaterial unvergängliche Bedeutung hat.

Zu beziehen durch die

Akad. Buchhandlung R. Max Lippold, Leipzig

gegen bequeme Vierteljahrsraten von Mk. 5.—

Postscheckkonto 50728. 1916

Vierteljährlich nur Mk. 5.—

Bestellschein 77

Ich bestelle hiermit bei der Akadem. Buchhandlung R. Max Lippold in Leipzig, Königstraße 37

Die fidele Kommode, Mk. 20.—

zahlbar vierteljährlich Mk. 5.— ab Lieferung.

Erfüllungsort Leipzig.

Ort und Straße: _____

Name und Stand: _____

Provinzielle Nachrichten.

Iserlohn, 25. Nov. „Wir Barbaren." Die Tochter eines Peiner Einwohners, welche in Iserlohn i. W. in einem Reservelazarett beschäftigt ist, schreibt der „Peiner Ztg." folgendes Vorkommnis: Diese Tage habe ich hier im Lazarett ein rührendes Geschichtchen erlebt. Wir haben seit September hier einen kriegsgefangenen Belgier liegen an Lungenentzündung. Vorige Woche lag der Arme so schlecht, daß jeden Tag der Tod eintreten konnte. Da er es nun auch selbst fühlte, hatte er noch den einen Wunsch, seine Eltern, die er während seiner dreijährigen Gefangenschaft nicht mehr gesehen hatte, noch einmal zu sehen. Da er aus Anno bei Namur, also besetztes Gebiet, war, wurde sofort telegraphische Genehmigung eingeholt. Richtig, die Eltern bekamen einen Passierschein und langten hier an. Aber die Leute hättet Ihr sehen sollen. Die wagten vor Angst kaum zu atmen und glaubten ihren Sohn verkommen in einer Ecke liegend zu finden. Aber nun die angenehme Enttäuschung, ihr Kind mitten unter den deutschen Barbaren in reinem weißen Bett liegend, sorgsam verpflegt mit Wein und Keks. Der Vater konnte kein Wort hervorbringen, die Mutter hätte am liebsten allen die Hände gedrückt. Sie wurden hier freundlich bewirtet vier Tage lang. Und was glaubt Ihr, der Sohn erholte sich unter dieser Einwirkung. Ich sah ihn bald sitzend im Bett seinen Keks wohlgemut knabbern. — Demnach hatte der arme Kerl zwei Krankheiten: Lungenentzündung und Heimweh. Nun sind die Eltern, voll des Lobes, das sie in Belgien überall ausposaunen wollen, wieder fort. Das Befinden unseres Patienten ist nicht besser und nicht schlechter geworden, und der Arzt spricht die Hoffnung aus, daß er besser werden kann. Dieses Erlebnis werde ich nie vergessen, es war zu rührend.

Köln, 25. Nov. Die Eisenbahndirektion teilt zu den Diebstählen auf Kölner Bahnhöfen mit: Es handelt sich um Beraubung von zwei Wagen Mehl und um Entwendung von Sprit aus Wagenladungen auf dem Bahnhof Kalk-Nord. Des Diebstahls beschuldigt sind außer dritten Personen, die das gestohlene Gut abgenommen haben sollen, 16 Eisenbahnbedienstete. Die Beschuldigten befinden sich in Haft. Die gerichtliche Untersuchung ist im Gange. Auf Bahnhof Köln-Eifeltor sind in letzter Zeit Diebstähle oder Veruntreuungen in größerem Umfange nicht vorgekommen.

Köln, 25. Nov. Die Fernsprechleitungen nach allen Richtungen sind infolge des Unwetters gestört, wodurch der gesamte Verkehr erschwert wird. Der telegraphische Verkehr ist hauptsächlich nach Holland, Sachsen und Nordwestdeutschland beeinträchtigt.

⊡ **Köln**, 26. Nov. (Privattelegr.) In ein hiesiges Amtsbureau wurde in einer der letzten Nächte eingebrochen und von den unerkannt entkommenen Dieben aus einem verschlossenen Schranke ein Wertpaket mit etwa 60 000 Mark Inhalt gestohlen. — Aus einem Zigarrengeschäft wurden für 25 000 Mark Zigarren gestohlen; die Diebe entkamen mit ihrer Beute unerkannt. — In ein Geschäft an Unterseidenmacher wurde in einer der letzten Nächte eingebrochen und für zirka 20 000 Mark Seidenblusen, Hosenträger und Schnürriemen gestohlen.

Gummersbach, 25. Nov. Fabrikant Hermann Baldus spendete der hiesigen Stadtgemeinde für Wohlfahrtseinrichtungen pp. den Betrag von 70 000 ℳ. Davon sollen 50 000 ℳ zur Wiederherstellung der Existenz von selbständigen Handwerkern und kleineren Geschäftsleuten, deren Gewerbebetriebe durch den Krieg oder wegen Teilnahme an demselben lahm gelegt sind, Verwendung finden.

Aachen, 23. Nov. In einer von der Zentrumspartei auf gestern einberufenen öffentlichen Versammlung, die einen Massenbesuch aufzuweisen hatte, sprach Reichstagsabgeordneter Sittart über: Die politische Lage. Zum Schlusse nahm die Versammlung folgende Entschließung einmütig an, in der es nach warmer Anerkennung unserer Waffentaten heißt: „Wir sind der zuversichtlichen Hoffnung, daß der nach einem siegreichen Ausgang des Krieges kommende Friede die Sicherung unserer Grenzen und die Entwickelung unseres gesamten nationalen und wirtschaftlichen Lebens gewährleisten wird. Der Friede, den wir ersehnen, soll ein Friede des Ausgleichs, der Verständigung unter den Völkern werden, wie ihn die Zentrumspartei und mit ihr die in der neuen Sammlungspolitik vereinten Parteien erstreben und auch durchsetzen werden, wenn das eine Erfordernis der Einigkeit des deutschen Volkes und der Fernhaltung aller widerstreitenden Bestrebungen erfüllt wird. Wir halten daher dafür, daß die deutschen Interessen bei der Zentrumspartei aufs beste gewahrt sind, und daß für ihre Angehörigen keine Veranlassung gegeben ist, sich andern den Frieden erstrebenden Organisationen anzuschließen. Aus derselben Erwägung heraus verurteilen wir jede Störung des konfessionellen Friedens und weisen insbesondere gewisse, jüngst in Aachen gefallene, den katholischen Volksteil schwer verletzende Aeußerungen mit Entschiedenheit zurück."

Detmold, 25. Nov. Das weltberühmte Kreuzabnahme-Relief an den Externsteinen, ein Werk der Benediktinermönche des Klosters Abdinghof zu Paderborn um 1200 n. Chr., hat in den letzten Jahren durch Verwitterung stark gelitten und geht in beschleunigtem Tempo seinem Verfall entgegen, wenn nicht alsbald Maßregeln gegen die weitere Zerstörung ergriffen werden. Von der Eigentümerin, der lippischen Domanialkammer geschieht nichts; sie schreibt die „K. Volksztg.", an dem einzigartigen Erzeugnis aus der ältesten Zeit des niederdeutschen künstlerischen Können kein Interesse zu nehmen, sonst hätte sie wohl durch Ueberdachung und sonstige Erhaltungsmaßnahmen dafür gesorgt, daß nicht auch der letzte Rest der noch erkennbaren Konturen dem Ruin anheimfällt. Da ihr anscheinend das Gefühl für ihre kunstgeschichtliche Pflicht fehlt, möge ihr auf diesem Wege das Gewissen geschärft werden.

Vermischtes.

WB. Berlin, 26. Nov. Nach einer Meldung des „Berl. Tagebl." aus Genf erhob Caillaux gegen Hervé, der in seiner „Victoire" die Anschuldigungen gegen Caillaux wegen seiner angeblichen pazifistischen Tätigkeit wieder aufgenommen hat, die Verleumdungsklage. Der Prozeß wird vor dem Schwurgericht zum Austrag kommen.

Posen, 25. Nov. Die hiesige Strafkammer verurteilte den Rittergutsbesitzer v. Strzelewski-Dopiewo wegen Kriegswuchers zu 10 000 ℳ Geldstrafe und einem Monat Gefängnis.

Tübingen, 25. Nov. Der bedeutende Botaniker und Direktor des botanischen Instituts, Prof. v. Böchting, ist, 70 Jahre alt, gestorben.

Die Nachrichtentruppe.

Eine der vielen Neuerscheinungen des Weltkrieges ist die Nachrichtentruppe. Hervorgegangen aus einer kleinen Zahl von Telegraphenbataillonen, von denen die ersten im Jahre 1899 aufgestellt wurden, hat diese junge Waffe die große Aufgabe, die Heeresverbände auf allen Kriegsschauplätzen miteinander, mit der Führung und mit der Heimat schnell und sicher zu verbinden. Das Nervensystem des Heereskörpers reicht bis in die vordersten Gräben. Zum leistungsfähigsten sind Fernsprecher und Telegraph. In den eroberten Gebieten wurde das ganze Netz sofort Unterzüge neugeschaffen, da der zurückweichende Feind die vorhandenen Leitungen zerstört hatte. Im Kampfgebiet werden feldmäßige Leitungen aus isoliertem Kabel auf dünnen Stangen, in offenen oder geschlossenen Gräben geführt. Ihr Bau und ihre Wiederherstellung im Feuer erfordert viel Umsicht und hohen Mut. Besondere Schwierigkeiten bieten sich an den Gebirgsfronten. Im Bereich des stärksten Artilleriemassenfeuers tritt an die Stelle des Fernsprechers der Funkentelegraph und besondere Apparate, die keiner Drahtverbindung bedürfen. Hier hat man auf ältere Nachrichtenmittel zurückgegriffen, wie Lichtsignale, Brieftauben und Meldehunde.

Nachrichtenformationen folgen der vorrückenden Infanterie, Nachrichtenmittel verbinden die Geschütze mit der Beobachtung und der Feuerleitung. Die Nachrichtentruppe ermöglicht die einheitliche Führung; sie erst gibt der schwerringenden Truppe das Gefühl des Zusammenhanges und des Rückhalts am Ganzen.

Am Ende des dritten Kriegsjahres hatte die Nachrichtentruppe 920 000 Kilometer Leitungsdraht in Betrieb, das ist das 23fache des Erdäquators; ins Feld geliefert waren aber 2 700 000 Kilometer, und ein ganz bedeutender Teil davon wurde mehrmals ein- und wieder abgebaut. Die Feldstationen der höheren Stäbe gleichen an Umfang und technischer Ausstattung den heimischen Telegraphenämtern. Auch hier ergänzen Funkentelegraphenstationen jeder Art das Nachrichtennetz; die Funker sorgen auch für die Verbindung mit den Luftstreitkräften.

Das Zusammenwirken mit der Reichstelegraphenverwaltung hat viel zu dem Erreichten beigetragen; durch die deutsche Industrie aber wurde die Riesenleistung der Nachrichtentruppe erst ermöglicht.

Verantwortlich für den redaktionellen Teil: Hauptredakteur Theodor Wanneck, für den Anzeigen- und Reklameteil: Matthias Lüdeke, beide in Münster.

Gewinnauszug der 10. Preußisch-Süddeutschen (236. Königlich Preußischen) Klassenlotterie

5. Klasse 14. Ziehungstag 24 November 1917

Auf jede gezogene Nummer sind zwei gleich hohe Gewinne gefallen, und zwar je einer auf die Lose gleicher Nummer in den beiden Abteilungen I und II

(Ohne Gewähr d. Red. f. d.) (Nachdruck verboten)

In der Vormittags-Ziehung wurden Gewinne über 240 Mk. gezogen: 2 Gewinne zu 150 000 Mk. 49295

2 Gewinne zu 100 000 Mk. 139788

8 Gewinne zu 5000 Mk. 7015 9563 76870 227886 88 Gewinne zu 3000 Mk. 14307 22181 26324 26818 35284 39211 40140 60342 60671 61921 70894 74294 78015 78797 82404 83877 98200 99201 105145 111047 111550 120861 137857 139114 145956 146276 148863 158077 161034 167609 193437 194714 199096 205338 209628 211191 211642 214383 218774 219395 224654 231485 232380 233457

172 Gewinne zu 1000 Mk. 893 904 6215 10045 14173 23791 24456 27448 34752 38487 39063 43452 43660 46243 47208 47913 48901 55839 56081 57299 63675 67477 89391 89574 92618 94721 95150 95207 96483 97503 98688 103553 104250 106985 112743 116127 119578 124663 127353 127387 130788 136174 137814 145364 146522 147387 150445 153331 156761 158146 167884 168551 169517 170278 171636 173453 176661 177170 177938 177984 179179 179267 180440 184821 185348 188424 187431 187720 188893 194792 199554 199828 200518 202847 205928 211463 215494 219259 220244 221206 225668 226523 227718 229541 231099 231139

206 Gewinne zu 500 Mk. 14218 19334 20922 22878 28313 28389 28728 29812 30519 30924 31039 31532 34959 37204 38329 38364 43869 44673 48458 50725 51068 54959 55934 58142 63312 64004 64129 65228 66208 66802 70007 70094 71969 75193 76706 76835 77859 81073 93288 94863 95211 95556 95572 102155 105893 111600 112449 117888 119583 124439 128279 128473 129888 130609 136216 136658 140428 142092 143483 143778 149336 149367 150063 150433 152693 154601 157374 162481 164237 164415 165066 166845 168557 170764 175814 180475 181288 186295 186474 190083 191536 191637 192488 193255 195393 195935 196093 198609 199295 203230 204820 205802 206102 209315 211434 213884 215837 219223 220408 220994 223233 228565 233085

In der Nachmittags-Ziehung wurden Gewinne über 240 Mk. gezogen: 2 Gewinne zu 15 000 Mk. 68804

4 Gewinne zu 5000 Mk. 77851 218876

90 Gewinne zu 3000 Mk. 774 4008 10868 12873 28056 44430 53458 54093 55447 57490 57981 61837 69019 82678 83005 85139 104070 111837 114283 114428 115083 116622 119724 120451 120873 122565 134505 136628 139893 144161 147591 148006 170528 174362 178567 189181 197842 198508 199429 203435 208544 209654 214663 226847 232051

134 Gewinne zu 1000 Mk. 842 7909 13454 22941 27466 31391 39768 40176 40184 50430 50730 51208 52307 53965 69566 73556 74934 76338 81984 82653 86896 88286 91008 98065 98492 99034 99635 104387 114151 118815 120304 124541 182431 133521 133751 134171 144244 144340 146894 148391 149253 149534 152257 152716 152957 161152 164374 165662 166095 166628 175482 176723 180158 182813 183040 188784 189331 191312 197789 199351 199548 202804 204357 207354 223793 227759 228652

206 Gewinne zu 500 Mk. 5915 8274 10653 13634 14511 15090 15475 17143 18393 20056 20951 23279 24814 25178 25553 27540 29288 36873 39841 42269 44418 51007 52335 54214 55729 56869 59669 64091 74232 74828 76310 78372 79992 84181 85072 86156 89481 94208 94554 95144 96852 97809 101086 101823 106665 106704 107848 108755 113764 115038 115617 118522 119017 119454 119552 121427 121588 127986 122168 122282 123561 126307 127771 133253 133903 135350 136596 139058 142769 144948 145628 146022 146112 150580 151428 152391 157819 163948 169794 173755 175762 177198 180045 184541 186149 188782 191903 199066 201949 206550 206628 207286 208194 212548 213820 216077 216271 220281 221292 227851 228017 228798 231396 233909

Bekanntmachung.

Es wird hiermit zur öffentlichen Kenntnis gebracht, daß die **Westfälische Zentralgenossenschaft**, hier, **Schorlemerstraße Nr. 4**, von dem Kriegsausschuß für Oele und Fette in Berlin zum

Kommissionär für den Aufkauf von Oelsaaten

ernannt worden ist. Sämtliche geernteten Mengen Oelsaaten sind an die Westfälische Zentralgenossenschaft abzuliefern.

Münster (Westf.), den 23. November 1917.

Der Magistrat.

5884

Für ein vom Kriegsausschuß für pflanzliche und tierische Ole und Fette, Berlin, endgültig genehmigtes

Leinöles Wasch- und Reinigungsmittel

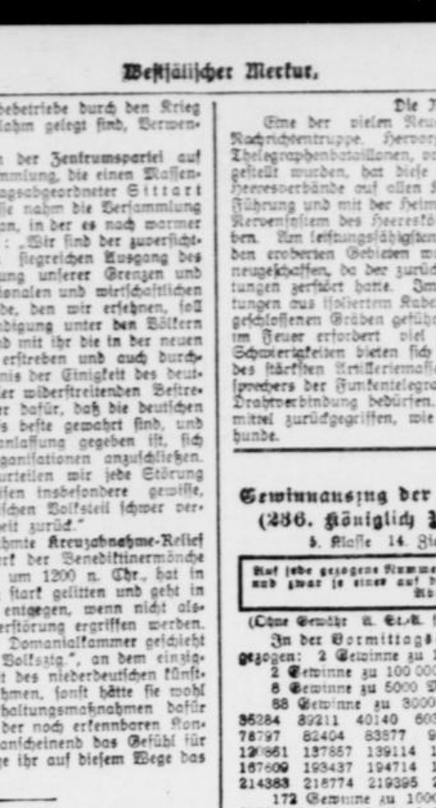
wird Verbindung mit geeigneten Großabnehmern gesucht, welche in der Lage sind, den Vertrieb in ihrem Bezirk zu organisieren und mit Nachdruck zu bearbeiten. Gefl. Anfragen an

Paul Arnheim, Techn. Büro, Hamburg 36, Abtlg. CTE. 31.

Günstige mündelsichere Kapital-Anlage.

Rheinische Großstadt nimmt Geld in jeder Höhe zu 5% Zinsen fest auf 3—5 Jahre oder länger an. Gefl. Angebote von Selbstgebern unter 5878 an die Geschäftsstelle d. Bl. Vermittler verbeten.

Blank's Moden-Album



eine Auswahl von über 4000 Schnitten – nur 80 Pf.– postfrei 90 Pf.

Jeder Schnitt enthält einen Gutschein von 5-15 Pf.

Meist in 6-8 Grössen pro Modell, bieten Blank-Schnitte für jede Figur einen vorzüglich passenden Schnitt. Stets zuverlässig und leicht zu handhaben, machen sie das Schneidern zu einem Vergnügen

Theodor Althoff

Salzstrasse 54. Münster i. W. Fernsprecher 2265.

Meine Verkaufsräume bleiben von heute ab Mittags von 1 bis 2½ Uhr geschlossen.

Theodor Cloer

Ludgeristraße 9. 5885

Gut

von 3—600 Morgen, mit herrschaftlichen Wohn- und guten Wirtschaftsgebäuden, totem und lebendem Inventar 5944

zu kaufen gesucht.

Angebote mit genauen Beschreibungen und Preis zu richten an Carl Römer, Schloß Lüntenbeck, Post Elberfeld-Barresbeck.

Bücher fürs Feld.

Bestempfohlene Romane, Erzählungen Humoresken. Bände zu 50 ₰, 1 ℳ, 2 ℳ usw. Katalog gratis.

Josef Habbel, Verlag, Regensburg, Gutenbergstraße 17.

Muscheln

treffen heute frisch ein 5860 bei

Heinr. Hill.

Erbitte Vorbestellungen.

ff. Rauchtabak.

Ein Pfündchen garantiert rein Varinas-Hüllblatt, Mittelschnitt, Marke Bremer Wappen, zum Selbstkostenpreis 15 Mark abzugeben nur an Selbstversorger gegen verkehrsfreie Lebensmittel, Fettigkeiten, Nüsse usw. Sendungen und Angebote zu richten an Dr. Thoens & Matthes, G. m. b. H., Berlin, Alte Jakobstraße 8. 5744

Grammophon-Platten

alt und zerbrochen kauft stets die 5788

M. Kneer'sche

Musikalienhandlung.

Unseren Soldaten an der Front



sind Bücher und Zeitungen stets erwünscht. Gute Lektüre ist sehr geeignet, die Gedanken unserer Krieger von den Unannehmlichkeiten u. Strapazen des Völkerringens abzulenken und ihnen neuen Mut und Ausdauer einzuflößen. Ganz besonders ist dies der Fall, wenn sie solche Bücher erhalten, die in der Muttersprache zu ihnen reden u. ihnen Begebenheiten erzählen, welche alte

Erinnerungen an die Heimat

wieder wachrufen. — Um nun auch den münsterländischen Kriegern solch angenehme Stunden bereiten zu können, hat der unterzeichnete Verlag Erzählungen in plattdeutscher Mundart gesammelt und dieselben in Heftform herausgegeben unter dem Titel

Van't Mönsterland in'n Unnerstand

En Stück Heimat in't Feld

Bisher sind erschienen und noch vorrätig:

Heft 1. Breefe von Vader Flaßkamp und andere plattdeutsche Erzählungen. 48 Seiten. Preis 30 Pfg.

Heft 1a. „De Franzosen in Suerbieck" und anderes. — 48 Seiten. Preis 30 Pfg.

Heft 2. Winterplaseer in Mönster: Landwehrmann Jans Röwesaot up Urlaub und sonstiges. 48 S. Preis 30 Pfg.

Heft 3. Unter anderem: Von Pontius nao Pilatus. Ne lustige Russengeschichte ut't Mönsterland. 48 S. Preis 30 Pfg.

Heft 4. Flaßkamps Vader up Mönster Siend: Henrich Rößelkamps up 'n Swienhandel usw. 48 S. Preis 30 Pfg.

Heft 5. „Ussе Kattrinken." En Vertellsten ut't Mönsterland. 48 Seiten. Preis 30 Pfg.

Heft 6. De olle Buer un de olle Blücher: Jä, so sind se: Dat Giegengift. 48 Seiten. Preis 30 Pfg.

Heft 7. Seffesmöhne up de Wihnachtsreise nao Mönster: „Ein Kind verloren" u. a. mehr. 48 S. Preis 30 Pfg.

Heft 8. „Dr. Jansenius". Von Jürgen von Ekede. 104 Seiten. Preis 1,00 Mk.

Heft 9. „Olle Schoolfrönde." Denkbläder ut de Jugendtid von A. von der Ems. 96 Seiten. Preis 1,00 Mk.

Heft 10 „De Güntejansbröers". Ne Schützenfestgeschichte ut't Mönsterland. ca. 96 S. Preis 1,00 Mk. befindet sich im Druck.

Durch alle Buchhandlungen wie auch direkt zu beziehen.

Westfälische Vereinsdruckerei, Münster i. W., Königstraße 59.

Liebesgaben fürs Feld:

- Taschenmesser
- Rasiermesser
- Rasierapparate
- Haarschn.-Maschinen
- Feld-Eßbestecke
- Taschenlampen
- Feuerzeuge etc.

Ferd. Müller,

Solinger Stahlwaren

Prinzipalmarkt Nr. 12

Gemeinden und Vereine höchsten Rabatt.

I. Philharmonisches Konzert

Dienstag, 27. Nov., abds. 8 Uhr im großen Saale des kath. Vereinshauses, Schillerstraße 46:

Wagner-Abend.

Mitwirkende:

Solisten: Reinhold Balz, Heldentenor, Opernhaus Cöln
Friedr. Braun, Heldenbariton, Opernhaus Frankfurt a. M.

Dirigent: Kapellmeister Kuno Stierlin.

Harfe: Spahn, Harfenist des philharm. Orchesters in Dortmund

Orchester: Großes verstärktes Orchester.

Im Programm: Szenen a. Holländer, Lohengrin, Meistersinger, Tristan, Walküre.

Einlaßkarten (einschl. Kartensteuer I. Pl. 3.30 Mk., II. Pl. 2.20 Mk. III. Platz 1.10 Mark im Vorverkauf bei Bisping u. Kneer, Musikalienhandlung., Prinzipalmarkt und an der Abendkasse. 5858

Jeder Soldat

muß jetzt Zeitungen haben. Wir liefern die Münsterische Zeitung, Münsterischer Anzeiger, Münsterischer Kiepenkerl, Münsterischer Familienfreund, Münsterischer Hausfreund, Münsterischer Bote, Münsterischer Volksbote, Münsterischer Landbote, Münsterischer Stadtbote, Münsterischer Tageblatt, Münsterischer Generalanzeiger, Münsterischer Volksfreund, Münsterischer Volkszeitung, Münsterischer Volksblatt, Münsterischer Volksanzeiger, Münsterischer Volksbote